

DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung



30 (2015)



Aus dem Inhalt

Lebenlassen oder
Sterbenlassen?

Über die Rolle der
Bundeswehr in der
Fluchtdebatte

Migrationsdiskurs in
Italien

Feldforschung in den
mobile Commons

Kampf um Kobane

Ein Rettungsschiff fürs
Mittelmeer

AfD in NRW

Was von einem um-
strittenen Denkmal
übrig blieb

Ethnisierung von
Straftaten

Joachim Gauck in
Bergen Belsen

Auf der Flucht

Die Debatte um Flucht und Migration ist weiterhin Dauerthema im gesamtgesellschaftlichen Diskurs. In diesem DISS-Journal geht es unter anderem um eine kritische Auseinandersetzung mit Positionierungen in der politischen Klasse, um den Einsatz der Bundeswehr in Flüchtlingsunterkünften, sowie um den Diskurs zu Flucht in den italienischen Medien.

Außerdem im Heft: Die Rolle von modernen Kommunikationssystemen im Kontext von Flucht, eine Einschätzung zur Entwicklung der AfD in Nordrhein-Westfalen, das Ende der Geschichte eines umstrittenen Kriegsdenkmals in Duisburg sowie Ergebnisse einer Diskursanalyse zu antisemitischen Straftaten und ethnisierte Berichterstattung.

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Rolf van Raden, Hans Uske, Maren Wenzel

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden, Maren Wenzel

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des
DISS-Förderkreises

Lebenlassen oder Sterbenlassen?

Die Flüchtlingskrise zwingt die politische Klasse in Deutschland zur Offenlegung ihrer Wertgrundlagen

Von Jobst Paul

Die unbürokratische Einreisegenehmigung der deutschen Regierung für Tausende Flüchtlinge aus Ungarn (vom 5. September 2015) wollte Kanzlerin Angela Merkel zwar lediglich als Ausnahme verstanden wissen.¹ Die Öffentlichkeit verstand den Schritt aber gleichwohl als Grundsatzentscheidung, in Verlängerung des von Merkel schon am 31. August 2015 verkündeten Credo „Wir schaffen das!“

Nach Auffassung des Duisburger Politologen Karl-Rudolf Korte² folgte Merkel damit einem Handlungsmuster, das sie bereits zuvor beim Atomausstieg, bei der Bankenkrise und in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik an den Tag gelegt hatte. Korte spricht von einem ‚erklärungsarmen Pragmatismus‘, der einen externen Schock von außen dazu nutzt, ‚von heute auf morgen scharfe Kante‘ zu zeigen, d.h. ein Datum des Wandels zu setzen.

Anders jedoch als bei ihrem Schwenk in der Frage des Atomausstiegs, den eine Mehrheit der Deutschen herbeisehnte und der hauptsächlich das korporierte ökonomische Establishment traf, scheint Merkel mit ihrem neuesten ‚Datum des Wandels‘ eine entscheidende Machtprobe in einer unvorbereiteten, polarisierten deutschen

Gesellschaft herbeizwingen zu wollen.³ Gemeint ist die Entscheidung zwischen völkischer Renaissance und einer unumkehrbaren Hinwendung zu globalen ethischen Verantwortlichkeiten.

Merkel selbst kleidete die radikale Tiefendimension ihres persönlichen Yes, we can am 21. September 2015 in die Worte: „Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“⁴ - „Dies ist nicht mein Land“ lautete der Titel des 1980 erschienenen Buchs von Lea Fleischmann, die – als Tochter von Holocaust-Überlebenden – aus Deutschland nach Israel emigrierte, unter anderem aufgrund des von Kanzler Willy Brandt (SPD) verfügten ‚Radikalenerlasses‘.

Ein solch existenzielles Signal in Richtung alles oder nichts, an der Spitze des Landes formuliert, verdient bereits an sich höchste Aufmerksamkeit, wäre aber auch vereinbar mit der realpolitischen Diagnose von Karl-Rudolf Korte zum Kalkül hinter Merkels Risikobereitschaft: „Der humanitäre Zugang zu den Themen der Diversität, die Offenheit gegenüber Zuwanderung und Migration, das zählt bei den Grünen zum Gründungsmythos. Insofern wäre eine schwarz-grüne Koalition eine moderne Antwort auf eine Einwanderungsgesellschaft in der Risiko-Moderne.“⁵ Eine solche Koalition, oder gar ein breites, von der Mitte bis weit ins linke Spektrum reichende Reform-Bündnis nach dem Beispiel der Brandt-Ära wäre derzeit tatsächlich nur mit Merkel denkbar. Es würde den nachhaltigen Machterhalt der CDU unter Merkel garantieren und würde zum Hebel gegen das rechtskonservative wie rechtspopulistische Lager, die CSU und eine mit

Gabriel nach rechts driftende SPD abgeschlossen.

Merkels Botschaft ist dort allerdings schneller als erwartet angekommen. Bevor auch nur in Fragmenten eine „moderne Antwort auf eine Einwanderungsgesellschaft in der Risiko-Moderne“ gegeben wurde, hat dieses Lager, ohne an der Migrationsbewegung etwas ändern zu können, mit Blockade-Reflexen, Angstscenarien und Ordnungsobsessionen das politische Heft an sich gerissen und lässt derzeit – wie es scheint – die Kanzlerin mit ‚erklärungsarmen Pragmatismus‘ lediglich mitregieren.

Angesichts von Rufen nach „Effektivität und Abschreckung“, der Einrichtung von ad hoc-Grenzregimen, von Asyl-Ausnahmerecht und des freigebigen Verabreichens völkischer Verbal-Drogen wie „Pack“ (Sigmar Gabriel) und „Überfremdung“ (CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt) kann einem in der Tat „angst und bange werden – und zwar nicht wegen der Flüchtlinge“⁶

Hinzu kommt: Noch vor kurzem berauschten sich die Medien am hellen Deutschland, gar am neuen Sommermärchen, und zeigten mit dem Finger auf das dunkle, rechtsradikale Deutschland, aber auch auf das schlechte, egoistische Europa, dem Deutschland die christliche Nächstenliebe beibringen muss. Buchstäblich über Nacht aber und parallel zum politischen Rollback wurden – zumindest zeitweise – die medialen Schaufenster, Titelseiten und Talk-Shows vom Flüchtlingsthema und dem des Bürgerengagements geräumt und wieder mit ‚Normalität‘ möbliert. Stattdessen trat das immer härter ins Bild gesetzte Profil des deutschen Innenministers Thomas de Maizière an die Stelle der vielen Artikulationen einer engagierten Öffentlichkeit.

1 <https://www.tagesschau.de/inland/ungarn-fluechtlinge-143.html>

2 <http://www.merkur.de/politik/fluechtlingskrise-2015-politologe-ueber-angela-merkel-ihre-fluechtlingspolitik-5544778.html> - vgl. auch <http://web.de/magazine/politik/fluechtlingskrise-in-europa/angela-merkels-mut-rede-schaffen-30887100>

3 Kristina Dunz, Carsten Hofer (dpa) am 4. Oktober 2015: „Bei den ganz großen Themen müssen Bundeskanzler von der Richtigkeit ihres Handelns so überzeugt sein, dass sie das Risiko eingehen, sich von ihrer Partei zu entfernen und ihr Amt zu verlieren. Schröder tat es. Merkel tut es auch, heißt es in der CDU.“ Vgl. http://www.echo-online.de/politik/thema-des-tages/merkel-und-seehofer-am-scheideweg_16229911.htm.

4 <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/angela-merkel-richtig-sauer-dann-ist-das-nicht-mein-land-aid-1.5396080>

5 <http://www.merkur.de/politik/fluechtlingskrise-2015-politologe-ueber-angela-merkel-ihre-fluechtlingspolitik-5544778.html>

6 Daniela Vates in der Berliner Zeitung vom 29. September 2015 (<http://www.berlinerzeitung.de/politik/kommentar-zu-asylverfahren-das-flughafenverfahren-bleibt-umstritten,10808018,32043990.html>).

Der Kontrast zu den überall aufsteigenden Rauchwolken allgemeiner Mobilmachung war freilich zu absurd: Am 7. Oktober 2015 bündelte die Regierung nicht nur die politische Koordination der Flüchtlingspolitik beim Kanzleramt – die Kanzlerin entschied sich auch für einen einstündigen Solo-Auftritt in der ARD-Talkshow „Anne Will“.

Der Auftritt hat allerdings nur eines bestätigt: Erheblich beängstigender als medialer Opportunismus und populistischer Aktionismus ist ein anderer Aspekt. Er wurde schon offenbar angesichts des Coups Angela Merkels, „einen externen Schock von außen“ dazu zu nutzen, um in Sachen Einwanderungsgesellschaft ein „Datum des Wandels“ zu setzen. Denn Vertrauen erweckend ist ein solcher Schritt gewiss nicht. Vielmehr unterstreicht er, dass die politische Klasse Deutschlands, dass die Regierungs- und Verwaltungsapparate zur Bewältigung der Flüchtlingsthematik und zur Analyse der Fluchtursachen nichts vorzuweisen, dass sie seit Jahrzehnten nichts aufgearbeitet und vorbereitet haben, auf das sich die exekutive Politik nun stützen könnte – es sei denn auf das Erfahrungswissen des deutschen Polizeiwesens und der Ordnungsmächtigsten: „Wenn Deutschland, die Deutschen etwas politisch-kulturell können, dann ist es, Ordnung zu schaffen“, heißt es bei Karl-Rudolf Korte.

In der Tat unterstrich Merkel am 7. Oktober nicht nur in sehr mechanistischer Weise die für sie ausschlaggebenden Aspekte von „Ordnung“, „Steuerung“ und „Beschleunigung“. Sie bekannte auch offenherzig: „Wir haben uns nicht gekümmert!“ Auch für sie sei das Geschehen in Syrien und im Irak „weit weg“ gewesen. Dann aber könnte, was für Migration und Flucht gilt, nämlich die bisherige Nichtbefassung unserer politischen Apparate mit einer global orientierten Verantwortungspolitik, auch gelten

- für die Analyse der Folgen von Aufrüstung und der Lieferung von Rüstung,
- für die Folgen der existenzgefährdenden Klimaentwicklung,
- für die Analyse der Zerstörung der agrarischen Existenzgrundlagen und der ökonomischen Ausbeutung in vielen Weltregionen,
- für die Analyse der nachfolgenden Verarmung und Verelendung breiter Schichten der Bevölkerungen überall auf der Welt und der Abwanderung

„In der Verweigerung einer nachhaltigen Politik, die uns auf diese Entwicklungen einstellt und die aggressiven ökonomischen Konzepte des Westens auf solche des Ausgleichs umstellt, steckt mithin die Entscheidung, diejenigen dem Tod zu überlassen, die im Wasser schwimmen.“

der Eliten,

- für die Analyse der Folgen des Irakkriegs, des Syrienkriegs, des Afghanistankriegs und des Balkankriegs,
- für die Analyse der Gründe und Folgen der ethnisch-religiösen Konflikte auf dieser Welt.

Kurz zusammengefasst ginge es um die Analyse der Möglichkeiten, Elend zu verhindern, um die Analyse der dennoch zu erwartenden Migration derer, die dazu in der Lage sind, in die sichereren Weltregionen. Vor allem aber ginge es um die Frage, wie die Verantwortlichen für die ökologische und ökonomische Zuspitzung mit denen umgehen wollen, die im Elend zurückbleiben werden und denen der Tod droht. Dafür, dass zu all dem nichts in den amtlichen Schubladen in Berlin zu finden ist, spricht die Tatsache, dass die deutsche Bundesregierung (und nicht nur sie) erst jetzt, da Flüchtlinge es bis nach Deutschland geschafft haben, entdeckt hat, dass der Syrienkrieg beendet und die Türkei als Mittelpunkt des Geschehens betrachtet werden muss.

Für die organisierte Verantwortungslosigkeit könnte man viele Gründe finden. Sind verschlafene Ministerialapparate verantwortlich, die auf Beharrung und Verdrängung setzen? Liegt es an Verantwortungsträgern, die dem Souverän (dem ‚Volk‘) keine unangenehmen Botschaften überbringen wollen? Liegt es an einer intellektuell und charakterlich zum nachhaltigen Handeln unfähigen Politikerklasse, mit der Deutschland gerade jetzt gesegnet ist?

Oder liegt es am Einfluss der Industrie-Lobby, der es noch immer gelungen ist, die Politik mit Hilfe des Arguments von den ‚Arbeitsplätzen‘ von ethischen Erwägungen abzuhalten? Kann man Nachhaltigkeit von einer Politik erwarten, die damit liebäugelt, AKW-Entsorgungskosten dem Steuerzah-

ler aufzubürden, die es trotz Abgasnormen Autobauern selbst überlässt, über Abgase zu bestimmen, und die es Rüstungsunternehmen überlässt, Regime zu bewaffnen, die ihre eigenen Bevölkerungen bekriegen und in die Flucht (nach Europa) schlagen?

Dennoch: All dies mag empören, kann aber nicht entscheidend sein. Die sich anbahnenden Entwicklungen dürften den ‚Diensten‘ des Westens, die inzwischen in der Lage sind, eine fallende Nadel irgendwo in der Welt in 3D abzubilden, nicht entgangen sein. Wenn die Abnehmer ihrer Informationen in Ministerien und Verwaltungen dafür gleichwohl kein Interesse haben und angesichts der großen Krisen der Welt unbewegt und unvorbereitet bleiben, dann erscheint nur ein Grund plausibel – dann zeichnet sich hinter humanitärer Rhetorik ab, dass die realpolitischen Würfel in den Administrationen des Westens, und damit auch in Berlin, gefallen sind, zugunsten einer stillschweigenden Politik des Sterbenlassens.

Die Blaupause für diese Politik einer ‚Rettungsboot-Ethik‘ lieferte in den 70er Jahren der Biologe Garrett Hardin. Darin warnte er vor „fehlgeleiteten Idealisten“ und ihren „selbstmörderischen Argumenten“, unseren Wohlstand durch unkontrollierte Einwanderung und Entwicklungsgelder nach außen mit anderen zu teilen. Hardin verglich die reichen Nationen mit Rettungsbooten, umgeben von den im Wasser schwimmenden armen Nationen, die alle an Bord wollten und dann den Tod aller bewirkten. Wer unter den reichen Bootsinsassen angesichts des umgebenden Elends und Sterbens ein schlechtes Gewissen habe, der möge doch bitte seinen Platz freigeben und selbst ins Wasser springen.⁷ Hardin schuf mit seinen soziobiologischen Thesen aber wohl keine neue Theorie, sondern fasste lediglich das elitäre Credo des westlichen Expansionismus in Worte. In



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)
Skandal und doch normal
 Impulse für eine antirassistische Praxis.
 edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-
 rast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

den derzeitigen Warnungen vieler Seiten in Berlin, Deutschland könne nicht „die ganze Welt“ aufnehmen, treten die Umriss des Hardin'schen Rettungsboots als handlungsleitende Vorstellung deutlich hervor. In der Verweigerung einer nachhaltigen Politik, die uns auf diese Entwicklungen einstellt und die aggressiven ökonomischen Konzepte des Westens auf solche des Ausgleichs umstellt, steckt mithin die Entscheidung, diejenigen – nach Hardin – dem Tod zu überlassen, die im Wasser schwimmen.⁸

Merkels ‚erklärungsarmer Pragmatismus‘ war und ist mit einer solchen Form von Realpolitik leider durchaus vereinbar. Ihre jetzigen dramatischen Distanzierungen davon mit „... dann ist das nicht mein Land“ und mit „Wir schaffen das!“ können auf keine Administration zurückgreifen, die sie über das kurzfristige politische Management hinaus bei einer Politikwende unterstützen würde und die sie selbst während ihrer langen Kanzlerschaft darauf gelenkt hätte. Ihre expressiven Botschaften erscheinen vor diesem Hintergrund als taktische Appelle an die Zivilgesellschaft, sich mit ihr, der Kanzlerin, zu verbünden, um das Problem zu „schaffen“, aber nicht, um einen grundsätzlichen Politikwechsel hin zu nachhaltiger Verantwortungspolitik einzuleiten.

Nico Fried erinnerte in der SZ daran⁹, dass die Kanzlerin – gleichzeitig zu ihren öffentlichen Gesten – realpolitisch an der „Begrenzung des Flüchtlingsstroms“ mitarbeite: „Das Asylrecht wird diese Regierung in einer Weise verschärfen, die noch vor einem halben Jahr undenkbar gewesen wäre. Auch der Zaun um Europa wird natürlich kommen, selbst wenn er am Ende vielleicht nicht wie ein Zaun aussieht. Und Merkel baut daran mit.“ Sind wir also Zeuge der endgültigen Abkoppelung des Ethos des Grundgesetzes

7 Hardin, G., Lifeboat Ethics: The Case Against Helping the Poor. In: Psychology Today, September 1974, 38, 40-43, 123-124, 126 (vgl. http://www.garretthardinsociety.org/articles/art_lifeboat_ethics_case_against_helping_poor.html)

8 Vgl. zur ‚Ethik‘ der amerikanischen Militärforschung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts: Sarah Bridger, Scientists at War: The Ethics of Cold War Weapons Research. Cambridge (Massachusetts): Cambridge Harvard University Press 2015.

9 Am 5.10.2015 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-kanzlerin-in-not-1.2677615>).

von den historischen Erfahrungen der Deutschen? Verliert das Postulat der Menschenwürde, das dieser Verfassung auch international so viel Standfestigkeit verlieh, letztlich doch den Wettlauf mit ethischen ‚Minimal-Standards‘, die derzeit als ‚Völkerrecht‘ feilgeboten werden? Die Schleifung des Primats des Menschenwürde hätte Folgen weit über den Umgang mit Migration hinaus – es träfe alle Politikfelder, in denen Menschen vom Mensch-Sein ausgeschlossen werden können.

In der Tat geht Nico Fried so weit, Merkel zu beschneigen, sie ahne besser als andere, dass die ‚bessere Sicherung‘ der Außengrenzen Europas „weder finanziell, noch moralisch“ umsonst zu haben sein wird, sondern „zu tragischen Schicksalen und dramatischen Bildern“, sprich: zum Sterben, führen wird. Baut Merkel also mit ihren Gesten der Öffnung nur vor, um eines Tages mit diesen schrecklichen Bildern nicht identifiziert und für sie nicht haftbar gemacht zu werden?

Am 7. Oktober 2015 präsentierte sich eine Kanzlerin, die für derart langfristig angelegte Kalküle, aber dann wohl auch für langfristige Analysen nicht gemacht ist. Merkel kündigte zwar eine Aufwertung der Außen- und Entwicklungspolitik, d.h. die bessere „Bekämpfung der Fluchtursachen“ an, denkt dabei aber wohl an Eindämmungsstrategien und die bessere „Sicherung“, d.h. Abschottung der europäischen Außengrenzen. Dies spricht für eine stabile Kultur der Verdrängung, die mit einer global orientierten Verantwortungspolitik nicht wirklich etwas anfangen kann. Sie spricht für eine politische Halbherzigkeit, die – trotz positiver Signale wie „Das schaffen wir!“ – dem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement, das derzeit maßgeblich die Flüchtlingshilfe trägt, letztlich entfremdet bleibt und ihm keine langfristige Motivation verleihen kann.

Für die Macht der Verdrängung gab Merkel bei ihrem ARD-Auftritt aber auch eine andere Kostprobe: In seltener Offenheit räumte sie die rhetorische Arbeitsteilung zwischen ihr und der CSU ein und interpretierte das rechtspopulistische Dauerfeuer von dort als keineswegs unerwünschte Dienstleistung für ihre eigene Politik – nämlich als Beruhigungsmittel für die Ängste der Bevölkerung.

(Stand: 8. Oktober 2015)

Soldat mit geflüchtetem Kind

Über die Rolle der Bundeswehr in der Flüchtlingsdebatte

Von Maren Wenzel



Marsch zur Zwischenstation: Bundeswehrsoldaten begleiten Geflüchtete vom Dortmunder Hauptbahnhof zum Dietrich-Keuning-Haus. (Fotos: Maren Wenzel)

Üblicherweise macht die Bundeswehr mit nicht funktionierenden Waffen, Auslands- oder Katastropheneinsätzen Schlagzeilen - aber nicht im Herbst 2015. Die Flüchtlingsdebatte bestimmt die Politik und die Medien. Mit dabei sind auch die Soldat*innen in olivgrün. Ob Kasernen, die zu Flüchtlingsunterkünften umgebaut werden, Begleitung von ankommenden Geflüchteten oder auch die Mär von der Unterstützung durch die Wehr bei der Abschiebung: Der umschriebene Hilfeinsatz hat Wirkung in der medialen Debatte.

Am ersten Septemberwochenende 2015 lassen Deutschland und Österreich als Reaktion auf die Flüchtlingspolitik Ungarns Geflüchtete unbürokratisch einreisen. Am Mittag des 6. September fährt dann der erste Zug mit Geflüchteten in Dortmund ein und trifft auf große Hilfsbereitschaft. In nur wenigen Tagen haben sich über 1.000 Helfer*innen im nahegelegenen Kulturzentrum Dietrich-Keuning-Haus registriert und versorgen die Geflüchteten für ein paar Stunden mit Kleidung, Essen und medizinischer Hilfe, bevor sie auf ganz NRW verteilt werden.

Am 8. September bittet der Krisenstab der Stadt dann die Bundeswehr um Amtshilfe. Polizei und Ordnungsamt

würden an der Belastungsgrenze arbeiten, die Soldat*innen sollen für sicheres Geleit vom Bahnhof zum Kulturzentrum sorgen. Hatten die vielen Ehrenamtlichen vorher noch gut mit den Behörden zusammen gearbeitet, macht sich jetzt Unmut breit. Sie halten den Einsatz der Bundeswehr für überzogen. Die ankommenden Soldat*innen werden von den wartenden Menschen, die die Geflüchteten begrüßen wollen, mit „Mörder, Mörder!“-Rufen begrüßt. Und auch der Twitter-Account „TrainOfHope Dortmund“, der die Hilfe für die in Zügen ankommenden Menschen koordiniert, schreibt: „Soldaten in voller Bundeswehr-Montur sollen wohl die Refugees auf Krisengebieten in Empfang nehmen... ekelhaft.“

Die Wirkung der Bilder

Die lokalen Medien hingegen kommentieren den Einsatz nicht, stellen ihn aber, angesichts der Zahlen der ankommenden Menschen, als notwendig dar. So schreiben beispielsweise die Ruhrnachrichten: „Zwei weitere Züge mit mehr als 1100 Flüchtlingen sind in der Nacht zu Dienstag in Dortmund eingetroffen. [...] Erstmalig waren auch Soldaten der Bun-

deswehr im Einsatz.“¹ Hervorzuheben ist hier vor allem auch das Bild, das für den Artikel verwendet wurde. Ein eingesetzter Soldat trägt ein erschöpftes geflüchtetes Kind auf dem Arm. Die Szenerie wurde im Anschluss auch von der Bild-Zeitung aufgegriffen und unter dem Titel „Bundeswehr bereit für Flüchtlings-Einsatz“ und dem Einlauf: „Antreten zum Helfen: Jetzt kommt in Düsseldorf und Dortmund sogar die Bundeswehr zum Einsatz, um die Flüchtlinge zu empfangen“, verbreitet.²

Das Bild hat zweierlei Symbolwirkung: Zum einen wird die Überforderung der Stadt suggeriert. Einen Bundeswehreinsatz im Inneren erwartet man sonst eigentlich nur bei Naturkatastrophen. Dass wieder Soldat*innen in deutschen Städten aktiv werden, rückt die Ankunft der Geflüchteten in die Nähe solcher Naturgewalten. Zum anderen sollen

1 Online-Artikel in den Ruhrnachrichten vom 8. September 2015. <http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/dortmund/44137-Dortmund~/Ueber-Dortmund-in-NRW-verteilt-Zuege-mit-1000-neuen-Fluechtlingen-angekommen;art930,2813148>

2 Online-Artikel in der Bild vom 9. September 2015: <http://www.bild.de/regional/duesseldorf/bundeswehr/bereit-fuer-fluechtling-einsatz-42501640.bild.html>

die Leser*innen mit dem Soldaten, der ein erschöpftes Kind auf dem Arm trägt, sympathisieren. Er ist zwar uniformiert, aber unbewaffnet. Die Bundeswehr wird so als Helfer in der Not dargestellt, statt als Aggressor. Ein Bild, das auch die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vermitteln möchte.

So bietet von der Leyen mehrfach die Hilfe der Bundeswehr an. Unter dem Schlagwort „maximale Kulanz“, was immer das auch heißen mag, könne die Bundeswehr Amtshilfe leisten, wo es nicht polizeiliche oder hoheitliche Aufgaben betreffe. Ein Einsatz im Inneren sei allerdings ausgeschlossen. „Wir haben keinen Katastrophenfall“, sagt von der Leyen.³ Trotzdem übernimmt die Bundeswehr vielerorts Aufgaben, die vor allem die Unterbringung der Geflüchteten betrifft. Nach eigenen Angaben seien in 72 Kasernen und Standortübungsplätzen Unterbringungsmöglichkeit für etwa 29.000 Geflüchtete in Gebäuden, Containern und Zelten geschaffen worden. Betreiber ist die Bundeswehr trotzdem nicht: Diese Aufgaben übernehmen die Länder und Kommunen.

Kritik vor dem Hilfeseinsatz der Bundeswehr kam überraschenderweise nicht von Linken, sondern vor allem auch von der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der stellvertretende Bundeschef Jörg Radek sagte: „die aktuelle Lage ist kein Notstand, sondern eine Folge des bundesweiten Ressourcenabbaus für Not- und Katastrophenlagen. Statt der Bundeswehr-Hilfe ist mehr Geld von Bund und Ländern für die Kommunen nötig sowie eine Beschleunigung der Asylverfahren.“⁴

Rechte konstruieren Ausnahmezustand

Vor allem die extrem rechten Kommentator*innen konstruieren mit Hilfe des Bundeswehr-Einsatzes derweil einen nationalen Ausnahmezustand und versuchen damit im Diskurs zu intervenieren.

3 Welt-Online vom 27.07.2015: http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article144512042/Von-der-Leyen-verspricht-maximale-Kulanz-bei-Fluechtlingshilfe.html

4 Artikel auf Focus-Online vom 27.07.2015: http://www.focus.de/regional/sachsen-anhalt/fluechtlinge-gdp-gesamtgesellschaftlicher-einsatz-statt-bundeswehr_id_4841291.html



Spalierstehen für Geflüchtete.

nieren. So zum Beispiel auf der Plattform dortmundecho.org, die von der aus dem verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ hervorgegangenen Partei „Die Rechte“ betrieben wird. Unter dem Titel „Ausnahmezustand verlängert: Keuninghaus bleibt bis 19. September Asylumschlagplatz!“: schreibt ein unbekannter Autor: „Wie besorgniserregend die momentane Situation, in der die Einwanderung offenbar vollends außer Kontrolle geraten ist, verdeutlicht sich auch durch den Einsatz der Bundeswehr, die rund um den Hauptbahnhof Stellung bezogen hat.“⁵ Auch Stefan Schubert macht beim rechten und verschwörungstheoretischen Kopp-Verlag mit dieser Schalgezeile auf: „Ausnahmezustand: Das Militär übernimmt.“⁶

Auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer beklagt einen Ausnahmezustand und rechtfertigt damit gleichzeitig die am 14. September wieder eingeführten Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen. „Wir haben in der Flüchtlingspolitik im Freistaat Bayern derzeit einen Ausnahmezustand. Es sind alle Regeln mehr oder weniger außer Kraft. Es gibt keine Ordnung, kein System, und das ist in einem Rechtsstaat eine

5 Artikel auf Dortmundecho vom 09.09.2015: <http://www.dortmundecho.org/2015/09/ausnahmezustand-verlaengert-keuninghaus-bleibt-bis-19-september-asylumschlagplatz/>

6 Artikel auf Kopp-Online vom 22.10.2015: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/stefan-schubert/ausnahmezustand-das-militaer-uebernimmt.html>

bedenkliche Sache.“⁷ Unweigerlich denkt man bei dieser Aussage an Giorgio Agambens Theorie zum Ausnahmezustand aus seinem Werk „Homo sacer“. In dieser kritisiert er, dass der Ausnahmezustand sich in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens erweise.⁸ Von einer erfolgreichen Diskurs-Intervention von Seiten der extremen Rechten kann allerdings kaum gesprochen werden: Weder Seehofer noch andere Bundespolitiker*innen konstruieren den Ausnahmezustand mit Verweis auf den Einsatz der Bundeswehr.

Fest steht aber, dass der Einsatz des Militärs in der Flüchtlingsdebatte, auch durch die Bilder in den Medien, Symbolwirkung hatte. Die Soldat*innen im Einsatz auf deutschem Boden verschärfen die öffentliche Wahrnehmung, dass es sich bei der Ankunft von fliehenden Menschen, um eine Notlage handelt, die gar einer Naturkatastrophe gleiche. Die Bundesregierung führte derweil erneut deutsche Grenzkontrollen ein und beschloss Mitte September die härteste Verschärfung der Asylgesetze seit den Neunzigerjahren. Die Errichtung von sogenannten „Transitzonen“ nahe der deutschen Grenze, aus denen Ankommende aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten direkt wieder abgeschoben werden könnten, sind weiter im Gespräch.

7 Artikel im Bayernkurier vom 14.09.2015: <https://www.bayernkurier.de/inland/5625-ausnahmezustand>

8 Agamben, Giorgio: Ausnahmezustand (Homo sacer II.1). S.9. Frankfurt am Main, 2003.

Mit Recht sorgen herabsetzende Äußerungen, insbesondere aus den Reihen verantwortlicher Politiker oder hoher Beamter, für breite öffentliche Empörung. Kritische Analysen solcher Äußerungen können allerdings zu nachhaltigeren Einsichten über den Tag hinaus führen. Im Zusammenhang mit der andauernden Debatte um Flüchtlinge und Zuwanderer kam es – und kommt es weiterhin – zu menschenverachtenden Aussagen. Im Folgenden dokumentieren wir Analysen, die Jobst Paul zu Äußerungen von Andreas Scheuer (Generalsekretär der CSU) und Sigmar Gabriel (SPD-Vorsitzender) verfasst hat.

„An den Grenzen stehen 60 Millionen Flüchtlinge. Wie sollen wir dieser Massen Herr werden? Wir können nicht die ganze Welt retten.“

Andreas Scheuer (Generalsekretär der CSU)

Eine Analyse von Jobst Paul

Dies äußerte Andreas Scheuer, Generalsekretär der CSU, im Rahmen eines Gesprächs mit der Passauer Neuen Presse, das am 20. Juli 2015 veröffentlicht wurde.¹ Scheuer griff dabei auf Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR² vom Juni 2015 zurück, wonach sich Ende 2014 „weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht“ befanden. Betroffen waren/sind zumeist Menschen in Bürgerkriegsregionen und in Staaten in Auflösung. Daher waren von diesen 60 Millionen Menschen im Jahr 2014 38,2 Millionen „innerhalb ihres eigenen Landes“ auf der Flucht und davon wiederum 11 Millionen auf der Flucht „in ein angrenzendes Nachbarland“.³

1 Scheuer zur Asylpolitik: „Können nicht die ganze Welt retten“. In: Passauer Neue Presse (Lokalteil) vom 20.07.2015 [http://www.pnp.de/region_und_lokal/stadt_und_landkreis_passau/passau_stadt/1749952_Scheuer-zur-Asylpolitik-Koennen-nicht-die-ganze-Welt-retten.html].

2 Vgl. World at War. UNHCR Global Trends 2014. Forced Displacement 2014. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>.

3 In Deutschland wurden 2014 ca. 33.310 Personen als Flüchtlinge anerkannt, 4,0 Prozent erhielten einen Schutzstatus, und 1,6 Prozent Abschiebungsschutz. Im ersten Halbjahr 2015 lag die Anerkennungsquote (bei 180.000 Asylanträgen) bei etwa 37 %. <http://www.bamf.de/>

Von daher war die UNHCR-Angabe „welt-weit“ als Hinweis auf eine statistische Summe zu verstehen, in der unterschiedlichste humanitäre Katastrophen auf den Punkt kommen und für die der Westen – wie man hinzufügen darf – einen großen Teil der Verantwortung trägt. Aus der UNHCR-Mitteilung war aber nicht ein Szenario herauslesbar, in dem sich all diese Menschen auf der Flucht nach Europa (und in die USA) befänden.

Doch begnügte sich Andreas Scheuer am 20. Juli 2015 nicht damit, die UNHCR-Angabe allein in diesem Sinn zu fälschen und die schockierende Nachricht als rhetorisches Spielmaterial zu verwenden. Er beließ es auch nicht dabei, der bayerischen Öffentlichkeit in der Form einer ‚Mauerschau‘ mitzuteilen, dass sich diese ‚Vorhut‘ (also 60 Millionen Menschen) schon „an den Grenzen“ (Deutschlands, bzw. Bayerns) versammelt hätte. Vielmehr deutete er tendenziell an, dass sich hinter ihr bereits „die ganze Welt“, also die Weltbevölkerung, in Warteposition aufgestellt habe.

Bevor man die Frage beantworten kann, auf welche Handlungsanweisungen Scheuer mit dieser Zuspitzung bei seinem Publikum zusteuert, sollte man betrach-

[SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.html?nn=1366068](http://www.sharedocs.de/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.html?nn=1366068).



Andreas Scheuer, CSU (Foto: Foto-AG Gymnasium Melle/wikimedia commons, CC BY 3.0)

ten, wie die Zuspitzung selbst strukturiert ist, um auf diesem Weg zu erfahren, welche Denk- und Handlungsmuster Scheuer beim Publikum abrief. Wie verändert sich zum Beispiel die ‚Charakterisierung‘ von Flüchtlingen und globaler Fluchtbewegungen, wenn die Millionenfachen menschlichen Tragödien, wie sie das UNHCR beschreibt, in eine uniforme Bewegung von „60 Millionen Menschen“ auf Europa zu und schließlich zu einer Bewe-

gung der ‚ganzen Welt‘ in Richtung der deutschen (bayerischen) Grenzen umgedeutet werden?

Offenbar führt die Pauschalisierung dazu, dass konkrete Fluchtursachen (Krieg, Gewalt, regionale Bürgerkriege aufgrund der westlichen Interventionskriege der vergangenen Jahrzehnte, Zerstörung sozialer und ökonomischer Strukturen) aus dem Blickfeld gedrängt werden. In der Tat müssen globale wirksame Fluchtgründe wegfallen, wenn doch ein einzelner Fleck (Deutschland / Bayern) davon völlig unberührt bleiben und sogar zur rettenden Oase für die „ganze Welt“ werden kann.

Entsprechend sorgt Scheuers Bild eines wandernden Kollektivs der „60 Millionen Flüchtlinge“ (und danach des Kollektivs der „ganzen Welt“) für die Einebnung alles dessen, was menschlich individuell ist und über rein körperliche Überlebensbedürfnisse hinausgeht. Stattdessen reduziert Scheuers Bild der „Massen“ Menschen auf ‚pure‘ Überlebensbedürfnisse und auf ein davon bestimmtes Flucht- oder ‚Wanderungsverhalten‘, schreibt den „Massen“ also den uniformen Status menschlich reduzierter Wesen zu.

Dann aber haben wir es offenbar entsprechend der Scheuer'schen Logik und was Deutschland / Bayern einerseits und „die ganze Welt“ andererseits angeht, mit zwei Existenzformen zu tun:

Während Deutschland / Bayern über existenzielle ‚Lebensmittel‘ weit über den eigenen Bedarf hinaus verfügt, also in ‚humaner‘, zivilisatorischer Weise Vorräte angelegt hat, hat „die ganze Welt“ offenbar (in der nicht-zivilisatorischen Weise der ‚Wilden‘) keine Vorräte angelegt und möchte sich deshalb diese existenziellen ‚Lebensmittel‘ in Deutschland / Bayern holen.

Seit jeher arbeiten rassistische, aber auch antisemitische Stereotype mit dem Motiv des ‚Herumwanderns‘, um Minderheiten eine ‚zivilisatorische‘ Fähigkeit (die Vorratshaltung, den Verzicht auf unmittelbaren Genuss) abzuspüren und zu unterstellen, dass sie ‚auf Kosten anderer‘ leben wollen. Entsprechend evoziert Scheuers Äußerung die Vorstellung, dass die Flüchtlingsströme der Welt potenziell auf Deutschland / Bayern gerichtete Raubzüge sind, gegen die harte Vorkehrungen zu treffen wären.

Scheuers Frage ‚Wie sollen wir dieser

Massen Herr werden?‘ scheint diesen Aspekt inhaltlich zunächst aufzugreifen: Der naturhaften ‚Ströme‘ könnte man wohl nur mit äußerster Gewalt und Brutalität „Herr werden“, entweder, indem man sie „an den Grenzen“ blockiert oder aber im Land einer massiven Repression unterwirft. Dies entspräche wohl einem völkisch-rechtspopulistischen Drehbuch. Die Frageform Scheuers realisiert allerdings einen Bruch im martialischen Gestus. Sie deutet eher auf die Ratlosigkeit, wie man einer großen Aufgabe gewachsen sein soll, die man nicht abweisen kann.

Das Bild der „Massen“ an den Grenzen zeigt einen ähnlichen Bruch. Dort gibt es offenbar gar nicht die naturhaften ‚Ströme‘, die Deutschland überfluten wollen: Vielmehr haben die „Massen“ (d.h. „60 Millionen Flüchtlinge“) an den deutschen (bayerischen) Grenzen unversehens Halt gemacht. Sie stehen dort geduldig und warten auf Einlass, anerkennen also die Autorität des rettenden deutschen Gemeinwesens.

Scheuers Diktum verharret also in dieser Unentschiedenheit zwischen martialischem Gestus und einer ‚gewissen‘ humanitären Verpflichtung: Wenn Deutschland / Bayern zwar nicht ‚die ganze Welt‘ ins Land lassen kann, so werden sich angesichts des „an den Grenzen“ aufgebauten Szenarios die „Massen“ nicht gänzlich abweisen lassen. In eine politische Ankündigung umgemünzt, könnte dies eine taktisch hinhaltende, dosierte Öffnung der Grenzen bedeuten und eine Behandlung der hereingelassenen Flüchtlinge nach humanitärem Mindeststandard.

Von daher kann nun die Funktion des zugespitzten Angstszenarios eingeschätzt werden, das Scheuer im Juli 2015 mit Hilfe einer Fälschung vor seiner politischen Anhängerschaft aufbaute. Offenbar wollte er einer rechten Klientel in ihrem politischen Selbstverständnis, insbesondere in ihrer rassistischen Perspektive auf Flüchtlinge entgegenkommen, um sie so zu bewegen, eine begrenzte Zuwanderung von Flüchtlingen (gewaltfrei) zu dulden.⁴ Dies entspräche dem Versuch,

4 Nach massiver politischer und medialer Kritik nahm der CSU-Generalsekretär die UNHCR-Angabe am 30. Juli 2015 noch einmal auf. In einem Pressegespräch mit dem Oberpfalznetz (unter[rechte Konkurrenz mit dem Versprechen zu ‚befrieden‘, am staatlichen Gewaltmonopol und an der politischen Macht der CSU zu partizipieren.](http://m.oberpfalznetz.de/zei-</p></div><div data-bbox=)

Abgesehen davon, dass solche Rückzugssignale faktisch zu einem Machtzuwachs rechts von der CSU führen müssen, könnte die CSU auch deshalb an Macht einbüßen, weil ihr Angebot ‚leer‘ ist: Sie hat gar nicht die Macht, die Zuwanderung restriktiv zu begrenzen und ihr autoritaristisch „Herr“ zu werden, oder gar eine bloße Minimalversorgung der Flüchtlinge (sozusagen nach ungarischem Modell) durchzusetzen.

Dies zeigte sich eklatant am 5. September 2015, als die deutsche Regierung (mit Beteiligung von CSU-Ministern) kurzfristig der Einreise von 8000 in Ungarn festgehaltener Flüchtlinge zustimmte, während sich der bayerische CSU-Innenminister Joachim Herrmann als ahnungslos – und ohnmächtig – gab und die Berliner Entscheidung als „völlig falsches Signal innerhalb Europas“ verurteilte.⁵

In der *tageszeitung* bestätigte Tobias Schulze dementsprechend am 3. September 2015: „Was schizophren wirkt, ist nichts anderes als die alte CSU-Strategie des Sowohl-als-auch: Einerseits erledigt sie ohne großes Aufheben ihren Job als Regierungspartei und sorgt dafür, dass Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben. Dazu passt auch, dass Bayern als einziges Bundesland die Unterbringungskosten der Kommunen übernimmt. Andererseits fischt die Staatsregierung mit Verbalrassismus am rechten Rand um Wählerstimmen und lässt so fleißig abschieben wie niemand sonst.“⁶

tung/454/4675558/) gab er sie nunmehr korrekt wieder („Es sind weltweit 60 Millionen Flüchtlinge unterwegs“).

5 Angesichts der dramatischen Ereignisse am 5. September 2015 forderte Scheuer erneut, der massenhafte Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland müsse begrenzt werden. „So kann es nicht weitergehen.“ (<http://www.tagesspiegel.de/politik/newsblog-zu-fluechtlingen-csu-sauer-auf-die-kanzlerin-linke-geben-usa-schuld-an-krise/12282848.html>).

6 Tobias Schulze, Bayerisches Sowohl-als-auch (<http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/TAZ/20150903/-dachzeile-tobias-schulze-uber-die-T150903.5226261.html>).

„...das ist Pack, das sich hier rumgetrieben hat“

Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender, am 24. August 2015

Eine Analyse von Jobst Paul

Nachdem es am 22. August 2015 vor einer Flüchtlingsunterkunft in Heidenau (Sachsen) zu rechtsterroristischen Gewaltakten gekommen war, besuchte Sigmar Gabriel, Vizekanzler und SPD-Vorsitzender, am 24. August 2015 die Unterkunft und forderte die Bestrafung der Täter. Dabei nahm er u.a. den Ton auf, den zuvor u.a. auch der Berliner Tagesspiegel mit der Titelzeile „Brauner Mob hetzt weiter gegen Asylsuchende“¹ gesetzt hatte, verschärfte den Ton aber, indem er die gewalttätigen Demonstrationen als „Pack“ bezeichnete.

Die mediale Berichterstattung übernahm diesen Ton in vielfacher Form. *Der Spiegel* titelte z.B. „Sigmar Gabriel wettet in Heidenau gegen den braunen Mob“², während die *Süddeutsche Zeitung* schrieb: „Gabriel will rechtes „Pack“ hart bestrafen“³. Auch bei *t-online* hieß es: „Das ist wirklich Pack, das man einsperren muss.“⁴ Ähnlich formulierten *BILD* („Gabriel setzt Zeichen gegen Neonazi-Hetze: „Rechtes Pack“ von Heidenau muss hart bestraft werden“⁵) und *Tagesschau* („Gabriel in Heidenau: „Den Typen keinen Millimeter Raum geben““⁶

Vereinzelt wandten sich Kommentatoren in Hauptprintmedien allerdings auch gegen Gabriels Rhetorik. Unter dem Motto „Wer die Menschenwürde verteidigen will, darf sie niemandem absprechen - auch nicht den Fremdenfeinden unter uns“ kritisierte Stefan Berg am 28. August im *Spiegel* Gabriels Verwendung des Worts ‚Pack‘ als „Unwerturteil“⁷ und schloss die Frage an, ob man „für die Achtung der Würde von Menschen werben“ könne, indem man diese anderen abspreche.

Ins Auge fällt, dass die Print- und Online-Medien Gabriels umfassendere Äußerung nicht im Wortlaut druckten, sondern daraus unterschiedlichste Fragmente montierten, die sie als direkte Zitate ausgaben, obwohl sie sich – so – im gesprochenen Wort nicht finden:

„Was wir auch tun müssen, ist dafür sorgen, dass Klarheit ist: Kein Millimeter diesem rechtsradikalen Mob. Bei uns zuhause würde man sagen, das ist Pack, das sich hier rumgetrieben hat. Das ist der Ausdruck, der bei uns jedenfalls gewählt würde. Er ist vielleicht nicht so distinguished, wie wir sonst in der Politik reden, aber ich glaube, darum geht's. Das sind Leute, die haben mit Deutschland nichts zu tun. Das ist nicht das Deutschland, das wir in diesem Land haben wollen. Die halten sich ja für die Vertreter des wahren Deutschland. In Wahrheit sind es die un-deutschesten Typen, die ich mir vorstellen kann. Für die gibt's nur eine Antwort: Polizei, Staatsanwaltschaft und nach Möglichkeit für jeden, den wir da erwischen, auch Gefängnis. Und ich finde, wir dürfen auch in unserem Freundeskreis und Bekanntenkreis, im Betrieb, im Sportverein nicht irgendwie wegschauen, wenn solche Typen da rumrennen. Die sind ja am



Sigmar Gabriel, SPD (Foto: A.Savin/wiki-media commons (CC BY-SA 3.0))

Sonntagabend nicht mehr hier, weil sie am Montag irgendwo arbeiten oder am Wochenende irgendwo Sport machen wollen. Und ich finde, auch da muss man ihnen sagen: Du gehörst nicht zu uns. Wer hierher kommt und hier Parolen brüllt, Brandsätze schmeißt, Steine schmeißt, im Internet dazu auffordert, Leute umzubringen oder körperlich zu verletzen, diejenigen haben nur eine einzige Antwort, und zwar von jedem von uns verdient. Ihr gehört nicht zu uns. Euch wollen wir hier nicht, und wo wir euch kriegen, werden wir euch bestrafen und hinter Gitter bringen. Das ist das Einzige, die einzige Antwort, die diese Leute verdienen.“⁸

Das umfangreiche Textfragment zeigt den Versuch Gabriels, „den Spieß herumzudrehen“. Während die „Typen“ die Flüchtlinge als ‚nicht zu uns‘ (zu Deutschland, zu ‚hier‘) gehörig, ja sogar als potenziell kriminell markieren, unterzieht Gabriel nun

1 Meisner, Matthias, Flüchtlinge in Heidenau. Brauner Mob hetzt weiter gegen Asylsuchende (<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-heidenau-brauner-mob-hetzt-weiter-gegen-asylsuchende/12220878.html>)

2 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/heidenau-sigmar-gabriel-besucht-fluechtlingsunterkunft-a-1049582.html>.

3 <http://www.sueddeutsche.de/politik/spd-chef-in-heidenau-gabriel-will-rechtes-pack-hart-bestrafen-1.2619567>.

4 http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_75166386/sigmar-gabriel-in-heidenau-pack-das-man-einsperren-muss-.html.

5 <http://www.bild.de/politik/inland/heidenau/gabriel-besucht-heidenau-42301904.bild.html>

6 <https://www.tagesschau.de/inland/heidenau-133.html>

7 Berg, Stefan, Gabriel gegen Ausländerhasser: Das „Pack“-Problem. Donnerstag, 27.08.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-das-pack-problem-kommentar-a-1049965.html>.

8 Transkript von: <https://www.youtube.com/watch?v=WcTAKoLyJmM>. Der vorliegende Kommentar spricht nur einige Aspekte dieses Textes an und erhebt – selbstverständlich – nicht den Anspruch einer umfassenden Feinanalyse.

die „Typen“ (den „Mob“, das „Pack“) ausführlich derselben Prozedur. Und ebenso, wie die „Typen“ für „uns“, für „Deutschland“, für „hier“, für die „Nachbarschaft“ sprechen wollen, spricht nun Gabriel für „uns“, sogar mit Bezug auf seine eigene Nachbarschaft zuhause („bei uns“) und schließt die „Typen“ aus der Gemeinschaft der Deutschen aus. Entsprechend handelt es sich bei den herabsetzenden Bezeichnungen „Typen“, „Mob“ und „Pack“ um umgekehrte oder ‚reziproke Zuschreibungen‘⁹ mit denen man in gängigem Verständnis „mit gleicher Münze“ heimzahlt.

Damit bleibt eine andere Frage aber noch offen: Hat sich Gabriel damit auch vor die Flüchtlinge – als zu Deutschland Gehörigen – gestellt? Um diese Frage beantworten zu können, sind einige allgemeine Gedanken hilfreich.

Vor allem muss man festhalten, dass sich reziproke Zuschreibungen in denen die dehumanisierende Logik, die sie vermeintlich bekämpfen wollen, verhaken und sie reproduzieren. Dies ist beim Begriff ‚Pack‘ besonders eklatant.¹⁰ Er verweist nämlich – etwa über Komposita wie Arbeiterpack, Diebespack, Hurenpack, Judenpack, Zigeunerpack, Lumpenpack – auf eine propagandistische und alltagssprachliche Konjunktur vor 1945 und auf die Absicht, damit das Gegenteil von ‚deutsch‘ anzuprangern. Diese Konjunktur riss nach dem Krieg freilich nicht sofort ab, wie ausgerechnet die Variante Flüchtlingspack zeigt.

Mit seinem Rückgriff auf den Begriff ‚Pack‘ nimmt Gabriel also den Eindruck in Kauf, dass er damit an alte Perspektiven dessen, was „deutsch“ und „undeutsch“ ist, wiederanknüpft. Es sind dies übrigens Perspektiven, die wohl von den ‚rechten Typen‘ geteilt werden, die er ins Visier zu nehmen vorgibt. Doch Gabriel geht weiter und knüpft auch aktiv an eine völkische Perspektive auf ‚Undeutsches‘ an, indem er mit „sich herumtrei-

9 Vgl. etwa die Formulierung „braune Brühe“, die das Ausgrenzungskonstrukt (Fäkal-Aspekt) z.B. auf Nazis bezieht.

10 Die Komponente ‚Mob‘ scheint aufgrund von aktuellen Varianten der Selbstzuschreibung (vgl. flash-mob) und wissenschaftlich beschreibenden Funktionen (vgl. mobbing) an Sagbarkeit gewonnen zu haben. Zur Komponente ‚Typen‘ siehe weiter unten..

„Gabriel knüpft aktiv an eine völkische Perspektive auf ‚Undeutsches‘ an, indem er mit „sich herumtreiben“ und „erwischen“ zum einschlägigen Vokabular greift.“

ben“ und „erwischen“ zum einschlägigen Vokabular greift.

Allerdings ist zweifelhaft, ob sich Gabriel mit seiner Verteidigung dessen, was deutsch ist, tatsächlich vor die Flüchtlinge in Heidenau gestellt hat. Er erwähnt sie in seiner Einlassung nicht, erörtert auch nicht ihre jetzigen Lebensbedingungen und ihre künftigen Aussichten oder die Gründe für Flucht und Vertreibung. Die beiden binären Positionen, hier das „Deutschland, das wir in diesem Land haben wollen“, dort das „undeutscheste“, sich herumtreibende „Pack“, bleiben die einzigen ‚existenziellen‘ Kategorien, in die sich offenbar auch die Flüchtlinge finden müssen.

Was aber ist unter „Pack“ konkret zu verstehen? Wie korreliert der Begriff zu „Mob“ und „Typen“? Wie hätten wir uns „das Deutsche“ vorzustellen? Und wo bleiben die Flüchtlinge?

Das „Pack“ bezeichnet herkömmlich, aber bereits mit Blick auf die Zuschreibung an menschliche Minderheiten, den Zusammenschluss von jagenden Tieren (Löwenpack, Wolfspack) zum einzigen Zweck, eine Beute zu erlegen. Dem „Pack“ wird ein hohes Maß an instrumenteller Intelligenz (Schlauheit) und kollektiver Disziplin zugeschrieben.¹¹ Als Jäger hat das Kollektiv den unbe-

11 Vgl. die Redewendung: ‚Pack schlägt sich, Pack verträgt sich‘, die offenbar ausdrücken will, dass es in der Meute stets Machtkämpfe gibt, dass die gemeinsame ‚Gier‘ auf die Beute aber immer wieder für Disziplin sorgt. Zur Rolle der Vorstellung der ‚Meute‘ als handlungsleitendes Konzept der Polizei und anderer Ebenen im Kontext der „Döner-Morde“ vgl. Das Entwürdigende in Worte fassen. Zur kulturellen Dimension des Institutionellen Rassismus – am Beispiel des Unworts des Jahres 2011. In: DISS-Journal 23 (2012) S. 54–56. Kurzfassung in: Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, hrg. v. Margarete Jäger und Heiko Kauffmann (Edition DISS Bd. 31), S. 68–78.

dingten Willen, Beute zu machen – darin aber erschöpft sich die Identität des ‚Packs‘, d.h. seine unveränderliche Natur. Von ihm geht daher große Gefahr aus: Es zieht („wandert“) von einer Beute zur nächsten, weil es nicht – wie Zivilisierte – Vorräte anlegen, d.h. durch Arbeit kumulieren kann. Kurz: Die Mitglieder des ‚Packs‘ lauern und rauben und leben von ‚anderen‘.¹² Mit der Verwendung der Begriffe der ‚Typen‘¹³, des ‚sich Herumtreibens‘¹⁴, mit der Anrufung von „Polizei, Staatsanwaltschaft“ und Gefängnis „für jeden, den wir da erwischen“, hat Gabriel das ‚Pack‘-Motiv in durchaus traditioneller, völkischer Tradition als kriminell und ‚asozial‘ abgesteckt. Das ‚Deutsche‘ kann demgegenüber nur als das Gegenteil erschlossen werden, als das lokale ‚vor Ort‘, als die Eigenschaft des ‚Sesshaften‘, versehen mit den Merkmalen der regelmäßigen Arbeit, der Kumulation von Gütern, der sozialen Vernetzung und selbst der Vereinszugehörigkeit.¹⁵

12 Vgl. auch die frz. Begriffe der canaille (Hundemeute, ‚hündisches‘ Pack) und der bagage (für Gesindel und Gepäck).

13 Ein Kürzel für ‚Verbrecher‘, ursprünglich entwickelt aus Typologien sogenannter Physiognomien. Vgl. z.B. Johann Caspar Lavater, Physiognomische Fragmente, zur Beförderung der Menschenkenntniß und Menschenliebe (1775ff).

14 Die „Typen“ müssen (und wollen) zum Beispiel nicht am Montag arbeiten und haben auch mit Vereinsarbeit nichts am Hut.

15 Der Aspekt des ‚gesunden Volksempfindens‘, die unpolitische, lokale Perspektive von Mitgliedern in Vereinen und ihr Bedürfnis nach ‚Heimat‘-Gefühl, scheint Gabriel mit der Formulierung „bei uns zuhause“ anzusprechen. Ganz ähnlich sprach Gabriel am 3. September 2015 von „bei uns in Goslar“ im Zusammenhang von „Schützenverein“-Festen und von „Heimat“ (<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/genosse-gabriel-weckt-wahlkampf-auf-aid-1.5362182>).

Doch hier muss man stutzig werden: Zahlreiche Videomitschnitte der Demonstrationen in Heidenau zeigen gewalttätige Akteure inmitten der von Gabriel als das ‚Gute‘ angerufenen deutschen Wohnbevölkerung. Gabriels Verurteilung lässt diese bürgerliche, gewaltbereite oder gewaltunterstützende rechtsradikale Szene in Heidenau aber letztlich unbehelligt. Seine Suada lässt nicht das geringste Interesse daran erkennen, die Verbindung zwischen diesem rechtsradikalen ‚Deutschland‘ und ‚Rassismus‘ näher zu beleuchten. Stattdessen richtet Gabriel die Exkommunikation gegen das Stereotyp reisender ‚krimineller Asozialer‘, die nicht zu Deutschland, aber eben auch nicht zu Heidenau gehören.

Mit anderen Worten: Gabriel hat in Heidenau zwar einen gegen den „rechtsradikalen Mob“ gerichteten, anklagenden Rahmen geschaffen. Er füllt diesen Rahmen aber mit einem gerade diesem „Mob“ genehmen Ton gegen ‚Kriminelle‘, die ‚auf Kosten anderer‘ leben und die deutschen Sozialsysteme plündern. Im Hinblick auf das Stichwort des Asylmissbrauchs kann dieser Ton auch als Warnung an die Adresse jener Flüchtlinge verstanden werden, die Gabriel in vermeintlich humanitärer Absicht besuchte.¹⁶ Zu denken ist

16 Bei einem ähnlichen Besuch in Ingelheim am 28. August 2015 ‚tröstete‘ Gabriel Flüchtlinge mit den Worten: „Die Wahrheit ist: Sie werden nicht in Deutschland bleiben können.“ *DIE ZEIT* kommentierte: „Der Kampf gegen Rechtsextremismus, das ist etwas, das Gabriel glaubhaft umtreibt. Beim Thema Flüchtlinge kann er zudem seine Emotionalität gewinnbringend einsetzen, sie war ihm oft vorgeworfen worden. Der Kontrast zur technokratischen Kanzlerin wird so noch sichtbarer. Angela Merkel wirkte bei ihren Fernsehstatements zu Heidenau unbeholfen und las ihre Worte vom Blatt ab. Gabriel ließ sie aussehen wie eine Getriebene.“ (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-08/sigmar-gabriel-klartext->

insbesondere an den in den letzten Jahren geführten, zumeist antiziganistischen Diskurs über ‚kriminelle Banden‘ und ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ aus Rumänien und Bulgarien.¹⁷

Offenbar wollte der SPD-Chef mit dieser rechtspopulistischen Strategie die zunächst abwartende Haltung Merkels vorführen. Der zweifelhafte Erfolg des Vizekanzlers zeigte sich zwei Tage später, als der Kanzlerin aus den Reihen der Demonstranten die selbstsichere Selbstzuschreibung „Wir sind das Pack!“ zugerufen und die Kanzlerin selbst als „Verräterin“ bezeichnet wurde.¹⁸

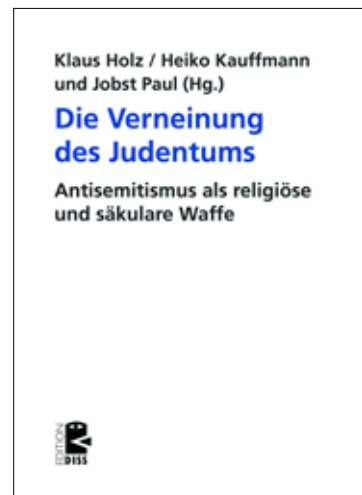
In einem Interview mit der *BILD-Zeitung* vom 18. September 2015 trat Gabriel mit seiner rechtspopulistischen Strategie, zwischen ‚deutsch‘ und ‚undeutsch‘ zu unterscheiden, tatsächlich ganz nach vorn und warnte (ungenannte) Flüchtlinge: „Wer unsere Werte nicht teilt, kann auf Dauer auch nicht auf unser Geld hoffen.“ Er legte nach, indem er ‚Deutsche‘ und ‚Flüchtlinge‘ über das Neid-Argument gegeneinander auszuspielen versuchte: Bei „den Menschen in Deutschland“ dürfe „nicht der Eindruck entstehen, ‚für die Flüchtlinge ist Geld da, aber für uns nicht“.¹⁹

politiker)

17 Vgl. Fatale Antworten auf Herrn S. - Ökonomie und Minderheiten-bashing zum 20. Jahrestag der Einheit. Von Jobst Paul. Erschienen in *DISS-Journal* 20 (2010).

18 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article145659437/Wir-sind-das-Pack-Merkel-wird-ausgebuht.html>.

19 http://www.focus.de/politik/deutschland/gabriel-warnt-vor-ueberforderung-deutschlands-in-fluechtlingskrise-vize-kanzler-verlangt-von-eu-partnern-und-usa-mehr-engagement_id_4956074.html.



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS Band 18
208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

Migranti, Germania e Austria aprono i confini. Merkel: "No limiti a richieste d'asilo". A Monaco siriani accolti da applausi e inno Ue



IL FATTO QUOTIDIANO, 5.9.2015

Roberto Sommeila @SommeilaRoberto · 6 settembre 2015

Merkel, da piccolo Führer a salvatrice dei profughi



L'UNITÀ, 6.9.2015

Jetzt kommen die Bilder aus Deutschland

Der Migrations- und Fluchtdiskurs in italienischen Medien

Von Jörg Senf

Über zweieinhalb Jahrzehnte waren es vornehmlich Bilder aus Italien, die den europäischen Mediendiskurs zum Thema Flüchtlinge speisten. Die kontinuierlich an die süditalienischen Küsten drängenden „vollen Boote“ – 1991 aus Albanien, später vor allem aus Nordafrika – boten eine Kollektivsymbolik¹ an der sich je nach örtlicher und politischer Distanz unterschiedliche Reaktionen, Ängste und Medienereignisse festmachen ließen.

Mit der Verschiebung der Fluchtbewegungen von der zentralen Mittelmeerroute, insbesondere auf dem Balkan-Landweg nach Nordeuropa, ist nun – im September 2015 – eine Inversion in der Bildspende eingetreten: Es sind Bilder aus Deutschland, Bilder deutscher ‚Willkommenskultur‘, die den italienischen Mediendiskurs zum Thema *migranti/profughi* (zumindest zeitweise) beherrschen. Ergibt sich daraus ein Bruch mit bestehenden Diskursmustern? Wie stellt sich die mediale Verarbeitung des Migrations- und Fluchtdiskurses derzeit in Italien dar?

1 S. dazu: Das „Ssyskoll“. Kollektivsymbolik als diskurstragende Kategorie, am Beispiel von Konfliktdiskursen. In: Margarete Jäger / Siegfried Jäger 2007: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse Wiesbaden: VS Verlag. 39-59, besonders 47.

Marroccini, extracomunitari und clandestini

Seit Anfang der 1990er Jahre gehören Bilder von Flüchtlingen – in Boote gezwängt, im Meer ertrunken, abgefertigt in Häfen oder Auffanglagern – zu den Tagesthemen der italienischen Medien. Nicht nur die Bedeutung der Migration als Medienereignis ist seither relativ stabil geblieben, sondern auch deren diskursive Konnotat. In zwanzig Jahren Berlusconi-Herrschaft verbreitete sich über das hauseigene Medienimperium MEDIASET sowie den regierungstreuen öffentlichen Sender RAI1 ein rechtspopulistischer Mediendiskurs und wurde zur Normalität.

Vergangene Ängste vor den *mori* und *turchi* (aus dem Wissensvorrat der Sarazenenfälle) wurden im neuen Feindbild des einwandernden Fremden aus Nordafrika aktualisiert, im Volksmund nun der *marroccino*. Besonders aus dem Lega-Nord-regierten Norden häuften sich infolgedessen, zumindest bis gegen Ende der Berlusconi-Medienmacht, Berichte von fremdenfeindlichen Kundgebungen mit Spruchbändern wie „Marokkaner raus aus Bergamo“ (Nachricht vom

5.12.2010)²

Für die hegemonialen Medien waren Migranten und Flüchtlinge gemeinhin *extracomunitari* oder *clandestini*. Während in deutschen Medien durch die Bezeichnung „Asylanten“ ein Diskurs institutioneller Einordnungsversuche überwog, implizierte der in Italien übliche Terminus *extracomunitari*, dass die Betroffenen nicht nur von „außerhalb der Gemeinschaft“ (gemeint war die europäische) kamen, sondern auch dorthin gehörten und zurück sollten. Mit solcher Exklusions-Strategie häufig gekoppelt wurde der Hinweis auf die Gefahr der *clandestini*, der „Heimlichen“ (erste Bedeutung im Wörterbuch), die „illegal, gesetzeswidrig“ (abgeleitete Bedeutungen) unter uns lebten.

Eben dieser diskursiv konstruierte Status institutioneller Ausgeschlossenheit liegt bis heute in einer gesellschaftlichen Wirklichkeit vor Augen, in der Flüchtlinge – sofern sie nicht nach Nordeuropa weiter migrierten – ‚schwarz‘ in der

2 Zum medioidiskursiven Tumult in dieser Zeit s. Senf, J. 2011: Das Ende der Berlusconi-Ära? Deutungskämpfe und Sagbarkeitsfelder in den italienischen Medien. In: Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.): Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte. Münster: Unrast. 201-222.



Seit den 1990er Jahren Bilder „voller Boote“.

Landwirtschaft ausgebeutet werden oder landesweit als ambulante Händler oder Scheibenputzer an Ampeln anzutreffen sind. Somit bleiben diese Gruppen weitgehend isoliert, Kontakte mit der überwiegend in einsprachig monokulturellem Habitus verharrenden italienischen Bevölkerung sind kaum in Sicht. Multiethnische Jugendsprachen³, wie sie sich derzeit in Nordeuropa verbreiten, lassen sich allenfalls ansatzweise beobachten.

Heute, nach Ende der Berlusconi-Ära, wird der populistisch fremdenfeindliche Diskurs vorwiegend von Lega-Nord-nahen Medien weiter getragen (dem Lega-Bundessekretär Matteo Salvini verweigerte Nigeria jüngst das Einreisevisum), auch Beppe Grillo vom (anfangs Piraten-ähnlichen) Movimento Cinque Stelle überrascht seit seiner Allianz mit Farage mit Konzessionen an national-populistische Ansichten. Als besonders wirkungsvoll erweist sich dabei derzeit, auch in Italien, das Konstrukt der *islamizzazione dell'Europa* durch „demographische Invasion“ (der „wir uns bereits ergeben“ hätten, IL GIORNALE, 18.9.2015).

Buonismo und Verantwortung

Wird der Kontakt zu Migranten/ Flüchtlingen materiell gemieden, so findet er jedoch auf Distanz in Form menschl-

³ Hierzu Wiese, H. 2012: Kiezdeutsch. Ein neuer Dialekt entsteht, München: C.H. Beck. Vgl. auch Senf, J. 2015: Kiezdeutsch außerhalb des Kiez - Verbreitung, Inhalte, Deutungskämpfe. Paris: Hermann, i.E.

cher Anteilnahme statt. Und damit ist ein zweiter Diskursstrang angesprochen, der von den italienischen Medien bevorzugt inszeniert und mit dem Migranten-/ Flüchtlingsthema verschränkt wird.

Dass die Subjektivierung und Emotionalisierung individuell dramatischer Umstände – sei es aus der Lokalchronik oder der Weltgeschichte – in den italienischen Medien eine besondere Rolle spielen, belegen die halbstündigen öffentlich-rechtlichen Fernsehrichten, deren Hälfte gewöhnlich dem *caso umano* gewidmet ist, dem „menschlichen Vorfall“, bei dem bevorzugt Angehörige Verunglückter interviewt werden, in den Berlusconi-Medien auch weinende Mütter denunzierter Steuerbetrüger.

Empathische Anteilnahme am Flüchtlingsdrama – deren Medienwirksamkeit sich ja beim Foto des ertrunkenen Flüchtlingskindes aus Syrien am 3. September 2015 weltweit unter Beweis stellte – verbindet sich in Italien mit unterschiedlichen diskursiven und nichtdiskursiven Formationen. Fremdenfeindliche rechte Medien etwa bedienen sich ergreifender Bilder der *naufraghi* (in Seenot geratene, Gestrandete), um Ausschließungsdiskurse zu legitimieren. Italien sei ja selbst ein Emigrantenland und „gewiss nicht rassistisch“. Man wolle den Betroffenen eben gerade solche Dramen ersparen: durch Exklusion a priori oder auch durch Kritik und Drängen auf ein rettendes Eingreifen der jeweils Zuständigen. Womit die Frage der Verantwortung ins Spiel kommt.

Für Herzensangelegenheiten blei-

ben primär die Katholische Kirche und NROs zuständig, deren humanitär verantwortliche Hilfe von allen Medien als selbstverständlich vermittelt wird. Auch dort, wo man sich aus ‚linker‘ Position dem Flüchtlingsthema nähert, klingt eine christlich geprägte Begrifflichkeit durch; nach IL MANIFESTO kann die „Immigration von Bedrohung in Hoffnung verwandelt“ werden (Aufruf *Immigrazione, la nostra risorsa*, 29.9.2015).

In diesem Kontext vollzieht sich die derzeitige *buonismo*-Debatte, bei der Diskurse institutioneller Integration von Flüchtlingen seitens der xenophoben Rechten grundsätzlich als „Gut(menschen)tum“ abgetan werden. Bezeichnend ist hierzu die Stellungnahme des PD-nahen Publizisten Michele Serra: Die „vom *buonismo* besessenen [...] Xenophoben und bornierten unter den Rechten“ hätten mit ihrer Kritik an Merkels „Verlogenheit und Zynismus“ in Sachen Migration „seit Jahren bloß Zeit und Worte vergeudet“, statt die Fähigkeit der Kanzlerin anzuerkennen, „mit Menschlichkeit und Intelligenz zu regieren“ (LA REPUBBLICA, *L'amaca*, 13.9.2015).

Diskursmacht Deutschland

Aus Serras Kommentar geht die Bedeutung der Diskursmacht Deutschland hervor – als dritter der Diskursstränge, die sich in italienischen Medien seit den 1990er Jahren mehr oder weniger explizit mit dem Migrationsdiskurs verschränken. Deutschland kam dabei zunächst ins



Siegfried Jäger/Jens Zimmermann
(hg. in Zus.ammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26 , Münster: Unrast
144 S., 16 Euro

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung

6. vollständig iberarbeitete Auflage
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositiv-analytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

Gespräch als bevorzugtes Ziel eines „Migrantenflusses“, dessen erste ordnungsrechtliche und humanitäre Belastungen allein auf den Schultern Italiens blieben. Die iber die Medien ersuchte Hilfe Europas stellte sich zunehmend in der Hilfe einer BRD dar, welche mit der Zeit in allen europäischen Grundsatzfragenverstarkt tonangebend wurde – und dabei vor Demütigungen Südeuropas nicht zurück schreckte.

Die hierdurch erfolgte terminologische Assimilation – d. h. die Übernahme der in Deutschland bereits länger üblichen Bezeichnung „Migranten“ in den italienischen Mediendiskurs ab 2013 – wurde übrigens von einer ‚borniert rechten‘ Presse missverstanden. Unter dem Titel „Das Duo Kyenge-Boldrini ordnet an: ‚Nennt sie nicht Immigranten sondern Migranten‘“ (SECOLO D’ITALIA, 29.8.2013) nahm sie die sprachliche Umstellung von *immigranti* zu *migranti* zum Anlass, innenpolitisch gegen Frauen, Schwarze und comunisti zu hetzen: Cécile Kyenge von Partito Democratico ist kongolesischer Herkunft und war 2013 bis 2014 Integrations-Ministerin; Laura Boldrini von Sinistra Ecologia Liberta ist seit 2013 Parlamentsvorsitzende.

**Italienische Medien
am 17. September 2015
– ein synchroner Schnitt**

Am 17. September 2015 sind seit den Bildern vom Hauptbahnhof München knapp zwei Wochen vergangen, ihre globale Medienwirkung ist abgeklungen. Deutsche und italienische Zeitungen behandeln auf den ersten Seiten Tagesthemen wie VW-Abgasaffare, Orbans Besuch bei der CSU, der Papstbesuch bei Obama. Schlagzeilen zum Thema Migranten/ Flüchtlinge gibt es nicht, doch möglicherweise existieren Kopplungen des jeweiligen Fluchtlingsdiskurses mit den Tagesthemen. Welche Kopplungen treten auf? Wo und wie ist zu diesem Zeitpunkt von Migranten/ Flüchtlingen die Rede? Ein synchroner Schnitt durch die Online-Versionen italienischer (und auch deutscher) Tageszeitungen geht dieser Frage durch Analyse der um 20.00 Uhr aufgenommenen Bildschirmfotos der jeweils ersten Seiten nach.

Es zeigt sich: Deutsche Zeitungen verschränken den Terminus Migranten/ Flüchtlinge vornehmlich mit der

Inszenierung eines zielgerichtet institutionellen Vorgehens. Im Vordergrund stehen technisch-prozedurale Fragen: zum „Asylverfahren“, zu den „Plänen der Bundesrepublik“.⁴ Gleichzeitig verhärtet sich das Feindbild der Gegner der eigenen Pläne: Es häuft sich die Kritik an Ungarns Premier Orban und die BILD spricht vom „Syrien-Schlächter Assad“

In den italienischen Medien dagegen wird ein Gewirr gemischter Gefühle angesprochen beziehungsweise geweckt. Dabei bestätigt sich eine gewisse Kontinuität der drei oben genannten Diskursmuster. Fremdenfeindliche Stereotype tauchen unverändert in den Rubriken (nicht nur) rechts-populistischer Medien auf („verschwenden unser Geld“, IL GIORNALE; „Fünftausend Terroristen unter die Flüchtlinge gemischt“, IL TEMPO, Rubrik *Emergenza terrorismo*). Christlich humanitäre „Hoffnung“ wird in PD-nahen Medien mit dem Thema „Migranten“ verschränkt (LA REPUBBLICA, erste Seite, zum Anlass des Papst-Besuchs im Weien Haus).

Deutschland indes erscheint am 17. September nicht explizit im Kontext von Migration. Die deutsche VW-Abgasaffare findet auf den ersten Seiten stärkere Beachtung als vergleichsweise in deutschen Medien. Wäre Schadenfreude nicht ein kulturspezifisch deutscher Begriff, so ließe sich ein Hauch davon wohl zwischen den Zeilen der italienischen VW-Berichterstattung heraus lesen. Kommt jetzt die gerade erst in der Migrantenfrage demonstrierte deutsche Diskursmacht vielleicht doch ins Wanken?

**Deutschland als (hegemonialer)
Bildspender**

Zurück zum globalen Medienereignis vom 5. September 2015. Es erscheint in allen italienischen Zeitungen auf der ersten Seite. Unter durchgängig ähnlichen Titeln, schlüssig zusammengefasst von IL FATTO QUOTIDIANO in „Migranten. Deutschland und Österreich ffnen die Grenzen. Merkel: ‚Unbegrenzte Asyltrage‘. Syrier in München mit Applaus und EU-Hymne empfangen“. Der Ak-

⁴ Besonders typisch für diese Haltung ist ein Artikel der FAZ vom 27.09.15, der unter dem Titel „Wie gut klappt die Unterbringung von Flüchtlingen?“ Ergebnisse der Meinungsforschung auch in Grafiken veranschaulicht.

teur Deutschland tritt in der Überschrift gleich dreimal auf (redundant im Metonym Merkel und dargestellt am Bahnhof München), begleitet vom Bild rührender und zugleich wohlgeordneter Menschlichkeit.

Die deutsche Diskursmacht zeigt dieses Mal das Zuckerbrot, so etwa die unterschwellige Reaktion der italienischen Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang auftretende ‚gemischte‘ Gefühle haben ihre Wurzeln in der „schleichenden Entfremdung“ zwischen Deutschland und Italien, die der Politologe Gian Enrico Rusconi 2008 auf die Regierungspraxis Berlusconi zurückführte⁵ und um deren Abbau sich derzeit Renzi bemüht.

2011/12 beherrschten die bundesdeutschen Ansprüche zu erledigender „Hausaufgaben“ über Monate die ersten Seiten der italienischen Medien. Unabwendbares Schlag- und Angstwort war der *spread* (zwischen den italienischen und deutschen Staatsanleihen), kritische Publizisten sahen für Italien eine *democrazia dello spread* voraus (Massimo Giannini, LA REPUBBLICA, 17.11.2011), bewertet am Grad der Abweichung von der Normalität deutscher Hegemonie.

Besonders mit der Wiederwahl Merckels 2013 und ihrer erneut oppositionslosen Großen Koalition – von den Beteiligten ja selbst explizit mit „Deutschlands Verantwortung in der Europa-Krise“ gerechtfertigt – wird die Rolle Deutschlands in Europa, die Gefahr, es könnte den Kontinent beherrschen, zumindest in der kritischen Öffentlichkeit Italiens zunehmend zum Gegenstand der Debatte.⁶

Richtete sich die Machtwirkung des deutschen Schuldendiskurses in der Folgezeit nun vorwiegend gegen Griechenland, so sympathisierten die italienischen Medien eher mit Varoufakis als

mit Schäuble⁷. Es überwog die Empfindung, dem griechischen Schicksal um ein Haar entgangen zu sein, in einer Realität, in der nicht nur für die BILD-Zeitung die Akteure „Europa – wir – die Märkte“ zu austauschbaren Synonymen wurden, sondern auch in italienischen Medien die Varianten *Europa – la Germania/ Berlino/ Merkel – i mercati* zu einer einzigen Größe zu verschmelzen begannen.

Vor diesem Hintergrund verbindet sich nun – im italienischen Mediendiskurs September 2015 – die jüngste Bildspende Deutschlands zum Thema Flüchtlinge mit Aussagen über die deutsche Diskursmacht. Bezeichnend dafür ist ein Artikel aus L'UNITÀ, dem seit kurzem sorgfältig gestylten Organ der Renzi-Regierung. Unter dem Titel „Merkel, vom kleinen Führer zur Flüchtlings-Retterin“ heißt es, Angela Merkel sei von der „herzlosen Aushungerung zahlungsunfähiger Griechen“ zur Rolle der „mummy“ (engl. im Text) umgeschwenkt, „die die Flüchtlinge rettet“. Und abschließend – nach Beschreibung der deutschen Pläne und einem Appell an andere EU-Länder, dem Vorbild der Grenz- oder Zielländer wie Italien und Deutschland zu folgen – wird bemerkt, es sei „auch der Moment gekommen, der pangermanischen Perspektive Europas Einhalt zu gebieten“, denn „eine wahre Union kann die Grundsatzentscheidungen über wirtschaftliche wie gesellschaftliche Integration nicht einem einzigen Mitglied überlassen“ (L'UNITÀ, 06/09/15).

Jörg Senf ist Professor für Deutsche Sprache am Fachbereich Politikwissenschaften der Università di Roma ‚Sapienza‘.

5 Rusconi, G. E. 2008: Die politischen Wurzeln der schleichenden Entfremdung. In Gian Enrico Rusconi / Thomas Schlemmer / Hans Woller (Hg.): *Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer*. München: Oldenbourg. 9-16.

6 Eine am 8. Oktober 2013 vom Studierenden-Kollektiv der Uni Rom (Sapienza, Politikwissenschaften) organisierte Diskussion über „die Zukunft Europas nach Merckels Sieg“ kann als Beispiel für die zunehmende kritische Haltung stehen. Das Flugblatt dazu zeigt eine Nahaufnahme Merckels auf Augenhöhe und Straßenkämpfe in Griechenland.

7 In dem scheinbar mühelosen Ausschluss eines Gegenspielers, der „das systematische Wachstum [...] einiger Länder gegenüber dem wachsenden Defizit anderer“ wissenschaftlich zu erklären suchte, offenbarte sich das dezidiert ungleiche Kräfteverhältnis dieses Deutungskampfes. Zitat nach der italienischen Version Varoufakis, Y. 2012: *Il Minotauro globale*. Triest: Asterios, 244.



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
Edition DISS Bd. 29, Münster: Unrast
240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.



Wulf D. Hund (Hg.)
Faul, fremd und frei
Dimensionen des Zigeunerstereotyps
Edition DISS Band 35, Münster: Unrast
255 S., 19,80 €

Die zentralen Elemente des Zigeunerstereotyps werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei.

Neuausgabe von ›Zigeuner. Geschichte und Struktur einer Konstruktion‹ und ›Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie‹

“... all you need is a mobile phone!”

Feldforschung in den mobile Commons*

Von Vassilis S. Tsianos

Transnationale Räume sind derzeit der Schauplatz von Kämpfen um Mobilität, d.h. um gelebte ‚Heterotopien‘ (Foucault), die sich der Regulierung widersetzen. Indem an einzelnen Orten mehrere untereinander bisher inkompatible Räume und Plätze miteinander in Beziehung gesetzt werden, wächst diesen ‚Gegenräumen‘ Macht zu. Ihnen entspricht die Transmedialität, d.h. das Ineinandergreifen unterschiedlicher Medien wie Facebook, Handy, Satellitenfernsehen, Skype usw., mit deren Hilfe eine Politik der Zeugenschaft in den Transiträumen ermöglicht wird. Transmedialität eröffnet unter den asymmetrischen Bedingungen der Flucht aber nicht nur die Möglichkeit zur Mobilität – sie ist vielmehr lebensrettend. Im Folgenden soll anhand von zwei Beispielen aus der Feldforschung gezeigt werden, welche Affekte bei der Herstellung von Konnektivität wirksam sind und wie sich die migrantische Transmedialität dem Versuch von Zwangs-Territorialisierungen widersetzt.

Eine Gruppe von jungen Tunesiern, die Anfang März 2011 in Lampedusa ankam und dort in einem Lager inhaftiert wurde, um anschließend über Turin nach Tunesien abgeschoben zu werden, ist in den bedingungslosen Hungerstreik getreten, als einige erfuhren, dass die Haft im Abschiebegefängnis in Turin bis zu 6 Monate lang dauern sollte. Sie forderten ihre bedingungslose Freilassung. An die Öffentlichkeit gelangte dies erst, als einer unter ihnen alle Namen der Insassen einsammelte und sie vom Handy aus einem Freund in Zarzis (Tunesien) schickte, der wiederum eine Facebook-Seite mit dem Namen *Guantanamo italia*¹ eröffnete und dort ein Video in arabisch, französisch und italienisch uploadete, das die Namen aller in Turin in der Via Santa Maria Mazzarello Inhaftierten zu einem Song abspielt. Auf diese Weise gelangte die Nachricht zu Al Jazeera und France 24. Über die transnationalen Sozialen Medien erreichten die Berichte zum Hungerstreik und zu den Bedingungen der Abschiebehaft somit die Öffentlichkeit globaler Mainstream-Medien.

Auf *Guantanamo italia* dagegen werden weiterhin Videos und News gepostet: Zum Beispiel geht es um die Proteste von Familienangehörigen ertrunkener Mig-

rant_innen aus Zarzis. Auf dem Weg nach Italien kollidierte das Fischerboot mit 120 Migrant_innen mit der Korvette »Liberté 302« der tunesischen Marine. Hierbei ertranken 35 Menschen. Die Familien fordern Gerechtigkeit für die Opfer und für die Inhaftierten der Via Santa Maria Mazzarello.

“... all you need is a mobile phone”

»If I use Facebook to stay in contact with my family? – No, all you need is a mobile phone. At home, up there, they don't have anything except mobiles. Sometimes if you just beep them so that they can see from your area code, where you are and that you've done a step further. In Facebook I lastly recovered some friends that I have lost for years – now they live in Paris. Last year, after the Pagani camp I wanted to continue to Germany together with a friend. We travelled through Macedonia and Serbia to Hungary, where we split. We prepared everything, we had every part of the route as a copy from Google

Earth with us, printed in Internet cafes. And we used GPS on our mobiles. My friend took a train to Germany, but he fell asleep and had to drop out in Vienna where they caught him. I was arrested in Hungary and brought to a camp for six weeks. They threatened me to remain detained for years, if I won't leave the country voluntarily. So I decided to return to Greece. In Serbia the police stole all of my money and my mobile phone and together with many others, I was brought to a cellar. Such a thing I didn't ever experience in Greece. When I finally arrived in Macedonia the police asked me, if I was on my way to Serbia or to Greece. They showed me the path and even gave me some coins to make a phone call. I already spoke on the phone with a friend, who through Evros came to Athens, where he now lives. He tells me that actually it is very cheap in Evros, only 400 US Dollars. And this is certainly linked to the fingerprint questions. If you try to make it through the islands, it is much more difficult without being fingerprinted. That's why it is more expensive. In Evros you can pass without much money and without fingerprints« (Interview mit Sapik, Lesbos, 07.09. 2012).

Man kann Dutzende solcher empirischer Darstellungen sammeln, um ein differenziertes Bild der multimedialen „digitalen Umgebung“ von grenzüberquerenden Akteur_innen zu beschreiben.

Allerdings läuft man dabei Gefahr, mit diesem Bild des »connected migrant«² nur

2 Dana Diminescu, 2008: The Connected Migrant: An Epistemological Manifesto, in: Social Science Information, Dezember, 47, pp. 565-579.

* Nikos Trimikliniots, Dimitris Parsanoglou, Vassilis S. Tsianos 2015: Mobile Commons, Digital Materialities and the Right to the City, London: Palgrave-Pivot Series Mobility and Politics (MPP).

1 Unter: www.facebook.com/guantanamo.italia.

„Mit *mobile commons* meinen wir die Fähigkeit vieler Akteure, innerhalb des Kontinuums von online- und offline-Kommunikationsstrukturen zu agieren und gleichzeitig im Stande zu sein, für die Nachhaltigkeit dieser Struktur in der Nutzung zu sorgen.“

die reaktive Seite des Agierens transnationaler Migrant_innen festzuhalten. Was man durch diese Forschung als Interesse an Migrant_innen produziert, ist nicht unbedingt im Interesse der transnationalen Migrant_innen. Man wird etwas über das Entkommen aus den Kellern erfahren, aber nicht über die spezifische Verortung dieser Keller und ihrer Beziehungen zu Kontroll- und Überwachungstechnologien. Nicht ein spezifisches Medium ist also Ausgangspunkt der hier angewandten Forschungsperspektive.

Auch in den Debatten internationaler Migrationsforschung avancierte »the connected migrant« mittlerweile zu einer prominenten und vielfach diskutierten Figur. Allerdings richtet sich unser Untersuchungsfokus nicht auf eine so genannte »digital-diaspora« als Ort des Konsums transnationaler Lebenswelten und Identitäten und auch nicht nur auf den Aspekt der Mediennutzung bzw. die »medialen Umgebungen«³³. Denn die Annahme einer relativ machtnutralen digitalen Migrationsumgebung geht einher mit einer weit verbreiteten Medieneuphorie, die die machtvollen Verwerfungen an der Schnittstelle von Informations- und Kommunikationstechnologien und der Gewalt ihrer Territorialisierungen übersieht. Vielmehr gilt es zu fragen, wie neue Formen vermachteter sozialer Beziehungen zwischen technischen Artefakten und Verkörperungen als untrennbare Verbindungen in der Mobilität oder auch im Zuge einer partiellen Verrechtlichung des „Transits“ arbeiten.

Mit unserer Forschung versuchen wir einen anderen Weg einzuschlagen, indem wir mit der von uns vorgeschlagenen Methode einer „net(h)noGRAFischen Grenzregimeanalyse“ Prozesse der Herstellung von Konnektivität und Kollektivität im Transit des *bordercrossings* untersuchen. Im Rahmen des EU-Forschungsprojekts MIG@NET – Migration, Gender und digitale Netzwerke – untersuchen wir *bordercrossings*, d.h. Taktiken und Strategien der grenzüberschreitenden Mobilität transnationaler, undokumentierter Migrant_innen. Grenzen erweisen sich in diesem Zusammenhang nicht mehr als fixe geografische Demarkationslinien, sondern

als Aushandlungsfelder und umkämpfte Territorien von „border zones“.

Migranten sind im *bordercrossing* keine sozialen Gruppen im soziologischen Sinne. Sie sind soziale Nicht-Gruppen, d.h. aktualisierungsfähige Netzwerke sozialer Gruppen. Niemand reist allein, jedenfalls in der Regel nicht für die Gesamtdauer der Reise, und keiner benutzt Medien individuell. Deshalb verwenden wir den Begriff der *mobile commons*. In der kriminalisierten grenzüberschreitenden transnationalen Migration ist jeder umgeben von vielen Menschen und vielen medialen Umgebungen, die jeder einsetzen kann, individuell oder per Delegation. Ich benutze dein Handy und gebe dir dafür etwas anderes, du leihst mir dein Handy bis nach Bremen und ich gebe es dann im Internetcafé ab. Oder, ganz einfach, du sendest für mich eine SMS. Sehr wichtig sind Skype, Twitter, GPS, aber auch ganz profane Briefe. Der Begriff der *mobile commons* umfasst alle Formate von Medien, nicht nur digitale. Mit *mobile commons* meinen wir die Fähigkeit vieler Akteure, innerhalb des Kontinuums von online- und offline-Kommunikationsstrukturen zu agieren und gleichzeitig im Stande zu sein, für die Nachhaltigkeit dieser Struktur in der Nutzung zu sorgen. Nachhaltigkeit in diesem Kontext heißt Sorge dafür zu tragen, dass die Leute, die nach einem kommen, die gleiche Migrationsroute und die gleiche mediale Infrastruktur unbeschädigt vorfinden und benutzen können. Es umfasst also, technische Störungsfelder zu identifizieren und Korrekturen vorzunehmen. Das ist die moralische Ökonomie des *bordercrossings*, bei der es allerdings weniger um Moral als um Reziprozität und eben Nachhaltigkeit geht. Wenn eine Migrationsroute nicht mehr offen ist, funktioniert sie als Absicherung nach hinten nicht mehr, aber auch nicht in die Zukunft. Digitalität ist ein Raum, in dem mediale Kontrolltechnologien einerseits und andererseits alternative Nutzungsmöglichkeiten der Medien seitens der Migrant_innen koexistieren. Das ist das Entscheidende, ihre wechselseitige Kopräsenz und Beobachtung. Jeder Form von Kontrolltechnologie entspricht eine Form des Widerstands gegen sie. Und *mobile commons* der Migration sind die Antwort auf eine bestimmte Form digitaler Erfassung oder digitaler Gefängnisse.

Dr. Vassilis S. Tsianos lehrt und forscht an der Fachhochschule Kiel.

3 Hepp, Andreas 2009: Transkulturalität als Perspektive: Überlegungen zu einer vergleichenden empirischen Erforschung von Medienkulturen, in: Forum: Qualitative Sozialforschung, Volume 10, No. 1, Art. 26, Januar. Download unter: www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/download/1221/2660



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion

Edition DISS Band 34, 224 S., 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, »Europa als hegemoniales Raumkonzept«, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn,
Wolfgang Kastrup (Hg.)

Kapitalismus und / oder Demokratie?

Beiträge zur Kritik »marktkonformer«
Demokratieverhältnisse

Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
140 S., 18 Euro.

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus thematisiert; zum anderen wird der Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft nachgegangen.

SOS MEDITERRANEE

EIN RETTUNGSSCHIFF FÜRS MITTELMEER



Foto: Miguel Saavedra

SOS MEDITERRANEE ist ein ziviles, europäisches Projekt zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer.

Allein im ersten Halbjahr 2015 sind mehr als 2000 Menschen auf ihrer Flucht übers Mittelmeer ums Leben gekommen. Die genaue Zahl ist unbekannt. Möglicherweise sind es sehr viel mehr. Wir wollen unseren Beitrag leisten und mit Hilfe eines ersten Rettungsschiffes Menschenleben retten.

UNSERE ZIELE

- **Leben retten:** Ausrüstung und Einsatz von zivilen Rettungsschiffen zur Seenotrettung im Mittelmeer
- **Schützen und begleiten:** Medizinisch-psychologische Betreuung der Flüchtlinge an Bord, Vermittlung von Unterstützung bei der Ankunft in Europa
- **Bezeugen:** Information der europäischen Öffentlichkeit über die Lage der Flüchtlinge im Mittelmeer

Für diese Aufgaben gründen wir in mehreren europäischen Staaten unter dem Namen SOS MEDITERRANEE gemeinnützige Vereine – mit dem Ziel, einen europäischen Verbund zur zivilen Seenotrettung im Mittelmeer zu bilden.

HELFEN SIE UNS DABEI! Spenden Sie an: **SOS MEDITERRANEE** – IBAN: DE 04 1005 0000 0190 4184 51 – BIC: BELADEBEXX

SOS MEDITERRANEE Stresemannstr. 72 | 10963 Berlin
contact@sosmediterranee.org | www.sosmediterranee.org | facebook.com/sosmediterranee

SOS MEDITERRANEE -

eine zivilgesellschaftliche Institution nachhaltiger Menschlichkeit

Von Heiko Kauffmann

Seit 1990 sind über 25.000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch ertrunken, nach Europa zu gelangen („Fortress Europe“ und Fabrizio Gatti). Nach Schätzungen der französischen Geheimdienste ist die Zahl noch viel höher: Sie gehen bei einer hohen Dunkelziffer von einer Überlebenschance von 75 Prozent aus. Nach dieser Rechnung verliert jeder vierte Flüchtling beim Versuch, nach Europa zu gelangen, sein Leben. Danach käme man seit 2008 auf eine Zahl von über 40.000 Toten.

Allein seit Anfang 2015 haben jetzt mehr als 100.000 Menschen ihr Leben bei dem Versuch riskiert, Europa von Libyen aus über das Mittelmeer zu erreichen. Dabei kamen fast 3.000 Menschen ums Leben.

All diese Toten waren und sind Opfer eines martialischen Grenzregimes, Opfer einer staatlich organisierten und tolerierten Barbarei – Opfer Europas infolge unterlassener Hilfeleistung.

Die Dramen und Tragödien, die sich seit über zwei Jahrzehnten an Europas Küsten und Grenzregionen abspielen, sind eine humanitäre, politische und moralische Bankrotterklärung und eine Schande für die zivilisierte Welt.

Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren und sie aus maroden Booten zu retten, sind für eine demokratische, den Menschenrechten und der Menschenwürde verpflichteten Gesellschaft zwingende rechtsstaatliche, humanitäre und moralische Gründe, die die Politik nicht ignorieren darf. Dass sie es jahrzehntelang tat,

wegschaute und Hilfe verweigerte – trotz der permanenten Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in den Ausgangsräumen infolge von Krieg, Armut, Hunger, durch Verfolgung und Gewalt, Krankheit und Diskriminierung – kann und darf schon gar für eine demokratische Zivilgesellschaft keinerlei Option sein. Es waren und sind private, zivilgesellschaftliche Initiativen, die der Ignoranz, dem Phlegma und dem Versagen der Politik Humanität und Zivilcourage entgegensetzen: Ärzte der Welt, MOAS, Ärzte ohne Grenzen, Sea-Watch, Watch the Med Alarm-Phone und nun, erstmals als gesamteuropäische Initiative: SOS MEDITERRANÉE.

Seit vielen Jahren fordern PRO ASYL, Vertreter von Menschenrechtsorganisati-

onen, Kirchen und Gewerkschaften den Aufbau eines zivilen europäischen Seenotrettungssystems nach dem Vorbild der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) – bisher vergeblich.

Auch das Ende der Seenotrettungsaktion „Mare Nostrum“ durch die italienische Marine – maßgeblich betrieben vom deutschen Innenminister – hat erneut bewiesen, wie notwendig eine zivile übernational-europäische und politisch, konfessionell und finanziell unabhängige Organisation der Seenotrettung in Europa ist, die

- ausschließlich der Humanität, der mitmenschlichen Verantwortung und den Menschenrechten verpflichtet und
- frei von nationalen Egoismen und tagespolemischen Kalkül,

Menschen aus Seenot und Gefahren-Situationen rettet.

Im Mai 2015 hat sich mit SOS MEDITERRANÉE – Europäische Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer – ein Verein gegründet, der genau diese Ziele aufgreift. Auch in Frankreich hat sich bereits eine Sektion mit vielen Aktivisten gegründet, die – ebenso wie die deutschen Förderer und Mitglieder – alles daran setzen, noch im Herbst 2015 ein Rettungsschiff zu erwerben und ins Mittelmeer zu entsenden.

Das Schiff, die MARKAB, steht schon bereit, aber sie kostet auch mehr als eine Million Euro! Dieser Preis stellt gewiss auch für die vielen ehrenamtlichen und engagierten Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten Monaten eine so beispielhafte und für die Politik vorbildliche Arbeit geleistet haben, eine große Herausforderung. Doch diese eine Million Euro sind wenig gegen die über 1,3 Milliarden Euro, die die EU allein seit 2009 in die Forschung zur Grenzkontrolle, Abwehr und

Abschottung von Migranten und Flüchtlingen „investiert“ hat! Deshalb wird die deutsche, wird die europäische Zivilgesellschaft es auch schaffen, die MARKAB bald zu erwerben.

Wenn dies gelingt, ist dies auch ein machtvolles Signal der europäischen Zivilgesellschaft für eine offene, menschliche und zukunftsweisende Politik – und gegen den fortgesetzten Verrat der viel beschworenen „gemeinsamen Werte“ durch die heutigen Verantwortlichen.

Im „Sommer- und Herbst-Märchen“, Bei der Hilfsbereitschaft und der Solidarität für Flüchtlinge, die Deutschland in den vergangenen Wochen und Monaten erlebte, zeigt sich das Gesicht einer wachen Zivilgesellschaft; sie ist lebendiger Ausdruck verantwortlich und selbstbewusst handelnder, ihrem Gewissen und der Mitmenschlichkeit verpflichteter Bürgerinnen und Bürger - und damit waren und sind sie der Politik weit voraus. Allen Skeptikern und Unkenrufen zum Trotz, die diese von Herzen kommende Menschlichkeit und Willkommenskultur am liebsten schon als vorübergehende „Event“- Kultur verebben sehen, gilt es jetzt, dieses Engagement zu stärken und zu festigen und – wo nötig – auch institutionell zivilgesellschaftlich zu verankern. So wie mit der Gründung von SOS MEDITERRANÉE geschehen.

Die Barbarei des Sterbenlassens im Mittelmeer zu beenden, macht es – nach dem jahrzehntelangen Versagen der Politik – absolut erforderlich, eine zivilgesellschaftliche Institution nachhaltiger Menschlichkeit zu schaffen und zu unterstützen: SOS MEDITERRANÉE, die Europäische Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer!

(23. September 2015)

Heiko Kauffmann ist der Beauftragte für Kinderrechte und Flüchtlingskinder von PRO ASYL.

„Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, ist eine rechtstaatliche, humanitäre und moralische Pflicht, die Politik nicht ignorieren darf. Dass sie dieser Pflicht seit Jahren nicht oder nur halbherzig nachkommt, ist eine Bankrotterklärung dieser Politik und eine Schande für die zivilisierte Welt!“



Semra Çelik
Grenzen und Grenzgänger
Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung
Edition DISS Bd. 12
288 S., 20 €

Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch“ positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen ‘türkischen’ Identitäten (re-) produzieren.



Gerda Heck
„Illegale Einwanderung“
Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA
Edition DISS Bd. 17
280 S., 24 €

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den „illegalen Einwanderer“. Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.

Kampf um Kobanê, Kampf um den Nahen Osten

Von Ismail Küpeli

Am 28. September 2014 begann der Islamische Staat (IS) den Angriff auf die kleine Grenzstadt Kobanê in Rojava/Nordsyrien. Angesichts der vorhergehenden IS-Siege im Irak und in Syrien, in denen Millionenstädte wie Mossul innerhalb weniger Tage erobert wurden, schien die Schlacht um Kobanê keine große Bedeutung zu haben. Kaum ein_e westliche_r Beobachter_in hätte im Vorfeld erwartet, dass ein paar hundert kurdische Kämpfer_innen die Stadt über vier Monate halten könnten und der IS hier seine erste große Niederlage einstecken würde.

Nachdem aber Kobanê entgegen der Erwartungen nicht in kurzer Zeit fiel und die PKK-nahen kurdischen Kämpfer_innen die Stadt halten konnten, wurde die Weltöffentlichkeit auf den Konflikt aufmerksam. Einige Wochen lang wurde hastig berichtet, emotional bewegende Bilder wurden eingefangen und herumgereicht - nur um sich nach kurzer Zeit dem nächsten Konfliktzirkel zuzuwenden.

Die Befreiung der Stadt Ende Januar 2015 schaffte es noch einmal kurz in die Schlagzeilen. Inzwischen ist nicht nur die Stadt, sondern etwa ein Drittel des gesamten Kobanê-Kantons wieder unter der Kontrolle der kurdischen YPG. Durch die Niederlage in Kobanê ist der IS wohl nachhaltig geschwächt und könnte in absehbarer Zeit weitere Rückschläge erleiden.

In der Region selbst war der Kampf um Kobanê eine zentrale Auseinandersetzung, in der alle relevanten Akteure in der einen oder anderen Weise involviert waren. Über die staatlichen Akteure wurde viel berichtet. So ist etwa die Rolle der Türkei und der arabischen Golfstaaten beim Aufbau des IS inzwischen bekannt. Andere Aspekte sind aber nach wie vor kaum beachtet worden, so etwa der Charakter der kurdischen Selbstverwaltungseinheiten in Rojava/Nordsyrien.

Ebenso ist wenig über die Ausstrahlungskraft des Konflikts um Kobanê bekannt. Viele Linke in der Türkei - unabhängig von einer ethnischen Zuordnung

- hat der Kampf um Kobanê dazu bewegt, die Verteidigung der Stadt als die Verteidigung eines linken und emanzipatorischen Projekts gegen Jihadist_innen anzusehen. Sie haben sich engagiert, sei es durch Spendenkampagnen und Öffentlichkeitsarbeit oder dadurch, dass sie in Kobanê an der Seite der kurdischen YPG gekämpft haben.

Auch in den nächsten Monaten wird die Situation in Rojava prägend sein für die politischen Ereignisse in der Türkei und in Syrien. Die Kämpfe gehen weiter und könnten sich sogar ausweiten. Inzwischen kam es zu ersten Gefechten zwischen kurdischen YPG-Einheiten und der syrischen Armee in Nordostsyrien. Es ist nicht auszuschließen, dass im syrischen Bürgerkrieg eine neue Frontlinie entsteht.

Insbesondere im Kontext der Kämpfe und Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK, einschließlich ihrer nahestehenden Organisationen, spielt der Konflikt um Kobanê weiterhin eine wichtige Rolle. Beide Seiten wetteifern um die Sympathien der Weltöffentlichkeit, wobei die PKK durch den Kampf gegen den IS enorm aufgewertet wurde. Die türkische Regierung versucht hingegen recht erfolglos die türkische Unterstützung für die Jihadisten in Syrien und Irak zu leugnen.

Im Sommer 2015 kehrten Kobanê und Rojava wieder in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Am 20. Juli verübte der IS einen Selbstmordanschlag in der türkischen Grenzstadt Suruc auf Kobane-Wiederaufbauhelfer_innen. Bei dem Anschlag starben 32 Menschen. Insbesondere durch die bisherige Politik des türkischen Staates war es naheliegend, hier eine Beteiligung des türkischen Geheimdienstes zu vermuten. Diese Einschätzung führte bei einigen PKK-nahen Akteur_innen dazu, Racheaktionen gegen vermeintliche IS-Mitglieder in der Türkei durchzuführen, bei denen zwei Polizisten und zwei Zivilisten getötet wurden. Diese Attentate dienten wiederum der türkischen Regierung als Grund dafür, umfangreiche Luftangriffe gegen PKK-Strukturen im Nordirak zu befehli-

gen. Bei diesen Luftangriffen starben viele PKK-Kämpfer_innen. Seitdem dauern die Angriffe und Gefechte an, in dessen Verlauf zahlreiche türkische Polizisten, Soldaten und PKK-Kämpfer_innen getötet wurden. Die AKP-Regierung nutzt die Eskalation dazu, gegen die PKK und mit ihr verbündete Kräfte militärisch vorzugehen. Selbst ein Verbot der prokurdischen und linken Partei HDP wird derzeit von der türkischen Justiz angestrebt.

Der Krieg zwischen der Türkei und der PKK hat auch für Rojava unmittelbare Folgen. Es kam bereits zu ersten kleineren Angriffen der türkischen Armee auf YPG- und FSA-Stellungen. Des Weiteren werden die türkischen Pläne in Nordsyrien eine Pufferzone zu errichten, wieder aufgewärmt. Eine solche Pufferzone wäre gegen die PKK-nahen Kräfte, wie etwa die PYD und die YPG, gerichtet und stellt so eine Vorstufe zu einem offenen Krieg gegen Rojava insgesamt dar.

(Stand: Ende September 2015)

Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und freier Journalist.



Presseerklärung: Das Problem heißt Rassismus

Am 25. August hat sich das DISS zu den rechtsterroristischen Anschlägen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte mit einer Pressemitteilung zu Wort gemeldet. Unter dem Titel „An jedem Tag ereignen sich in Deutschland Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte: Das Problem heißt Rassismus“ hat das DISS auf die „brandgefährliche“ Situation hingewiesen. Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung:

Über 200 Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte wurden allein im ersten Halbjahr 2015 vom bundesdeutschen Innenministerium gezählt. Das bedeutet, dass in diesem Jahr in Deutschland jeden Tag Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt wurden.

Mit großer Sorge beobachten wir, dass die weit verbreitete öffentliche Stimmung gegen Geflüchtete auch durch Äußerungen bundesdeutscher Politikerinnen begünstigt wird. Hier ist zum Beispiel Horst Seehofer zu nennen, der unlängst von „massenhaftem Asylmissbrauch“ sprach. Mit dem Vorschlag separater „Auffanglager“, mit den Forderungen, weitere Balkanstaaten zu „sicheren Drittländern“ zu erklären, Personenkontrollen an innereuropäischen Grenzen wieder einzuführen und „Einreiseperrn für Ausgewiesene“ zu erzwingen und mit der Sachleistungsdiskussion wird der Auffassung Vorschub geleistet, es seien die Flüchtlinge selbst, die eine rassistisch aufgeladene Stimmung provozierten. All dies erinnert uns fatal an die Zustände in Deutschland in den frühen 1990er Jahren – auch wenn wir durchaus Unterschiede bemerken.

Damals schlossen sich die bundesdeutschen Medien nahezu durchgängig an einen rassistisch aufgeladenen Diskurs an und befeuerten diesen. Dies ist heute in dieser Breite nicht der Fall. Jedoch ist in den Medien auch derzeit von „Ansturm“ und „Flüchtlingsströmen“ die Rede. Nahezu ein Konsens ist die angebliche „Überschreitung der Belastungsgrenze“. Die hohe Zahl der Flüchtlinge erzeuge einen Staatsnotstand. Die Bilder, die damit hervorgerufen werden, sind dazu geeignet, die Situation zu verschärfen und Menschen als bedrohliche Massen wahrzunehmen. Auch ist es eine unverantwortliche Verharmlosung, wenn rassistische Protagonistinnen als „Asylgegner“ oder „Asylkritiker“ und rassistische Angriffe als „Protest“ bezeichnet werden. Mehrheitlich schließen sich die Medien auch heute den Vorstellungen der Politik

an, wenn sie z.B. eine Beschleunigung der Asylverfahren fordern, da andernfalls die Stimmung in der Bevölkerung zu „kippen“ drohe, wobei mit „Beschleunigung“ oftmals euphemistisch ein weiterer Abbau von Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren bezeichnet wird. Nicht zu übersehen ist aber auch, dass sich viele Medien bemühen, einer eskalierenden rassistischen Aufladung des Diskurses entgegenzusteuern, indem offen rassistische Äußerungen kritisiert und zurückgewiesen werden.

Im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft wird die derzeitige Situation widersprüchlich beurteilt. So stellte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn Anfang des Jahres gegenüber der FAZ Einwanderung als Verlustgeschäft für die deutsche Wirtschaft dar. In einer Klarstellung ruderte er dann in einem Spiegel-Online-Interview zurück: Migration sei wichtig für die Rentenproblematik und den Arbeitsmarkt – aber nur, wenn nicht zu viele Geringqualifizierte kämen, die der Sozialstaat als „subventionierte Billiglöhner“ ins Land locke. Das sei teuer und verschärfe die sozialen Probleme. Er fordert deswegen eine hinreichend qualifizierte Migration aus EU-fernen Drittländern.

Auf diese Weise werden die Menschen, die zurzeit nach Deutschland kommen in zwei Gruppen unterteilt: ‚nützlich für unsere Gesellschaft‘ und ‚schädlich für unsere Gesellschaft‘. Deutschland formuliert einen Anspruch auf „nützliche Einwanderer“ und damit diese möglichst wenige Ansprüche an Deutschland formulieren können, sollten sie besser aus EU-fernen Drittländern kommen – und natürlich „hinreichend qualifiziert“ sein.

Die Entwicklung der extremen Rechten, die wir seit nunmehr 28 Jahren in unserem Institut beobachten und analysieren, lässt uns die augenblickliche Situation als im wahrsten Sinne des Wortes „brandgefährlich“ erleben.

So fertigten Neonazis der Kleinstpartei „Der III. Weg“ im März 2015 eine interaktive Landkarte an, auf der bundesweit über

2000 Flüchtlingsunterkünfte eingetragen wurden. „Der III. Weg“ ist eine Organisation, die sich nach dem Verbot militanter neonazistischer Kameradschaften gründete und inzwischen in etlichen Bundesländern aktiv ist. Wir werten diese Karte als eine Veröffentlichung potentieller Anschlagziele. Im Rahmen ihrer Kampagne gegen Flüchtlinge wurde von dieser Partei eine Broschüre veröffentlicht, die eine Anleitung erhält, wie Neonazis, getarnt als Bürgerinitiativen, gegen Flüchtlingsunterkünfte vorgehen sollen, um die Stimmung innerhalb der Bevölkerung gegen Flüchtlinge anzuheizen. Vor diesem Hintergrund ist es alarmierend, dass Pegida auch nach fast einem Jahr regelmäßig mit mehreren tausend Menschen in Dresden aufmarschiert. Das Kalkül der extremen Rechten scheint aufzugehen.

In unseren Studien zum alltäglichen Rassismus haben wir festgestellt, dass rassistische Einstellungen nicht zwingend daran gebunden sind, ob es viele oder wenige Migrantinnen in einer Region gibt. Vielmehr zeigen rassistische Einstellungen das Bestreben, die eigene Vormachtstellung zu erhalten und zu sichern. Deshalb gilt heute wie in den 1990er Jahren auch: Das Problem heißt Rassismus.

Während Geflüchtete durch rassistische Agitationen bedroht werden, grenzt ihre „Unterbringung“ an eine humanitäre Katastrophe. Mitten in einem der reichsten Länder der Welt werden Zeltstädte oder Container errichtet, aus zahlreichen Unterkünften wird berichtet, dass den Geflüchteten nicht ausreichend Nahrung, Wasser und Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden und die Menschenrechte auf Gesundheit und Privatsphäre außer Kraft gesetzt sind. Wer solch einen künstlichen Notstand erzeugt, ist mitverantwortlich für die Taten der rechtsterroristischen Brandstifter.

Statt die Rechte von Geflüchteten noch weiter einzuschränken, muss es um den wirksamen Schutz von Flüchtlingen gehen. Deshalb sollten sich sowohl die zivilgesellschaftlichen wie auch die institutionellen Kräfte darauf konzentrieren, jedwede Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zu verhindern und die Würde des Menschen zu achten.

Auf dem rechten Weg –

Der Landesverband NRW der Alternative für Deutschland

Von Clemens Schaar

Auf ihrem Landesparteitag Ende August 2015 unterstrich die nordrhein-westfälische AfD noch einmal deutlich, dass der eingeschlagene Rechtskurs auch zukünftig weiterverfolgt werden soll. Der bisherige Landessprecher Marcus Pretzell wurde im Amt bestätigt und hat nun mit Martin Renner als gleichberechtigtem Landessprecher einen Gleichgesinnten zur Seite. Die beiden Politiker eint ihre ablehnende Haltung zum Islam und zur Zuwanderung sowie ihre Sympathien für die britischen Rechtspopulisten von UKIP.¹ Ob es dem ansonsten nahezu gleichgebliebenen Vorstand unter seiner neuen Doppelspitze gelingen wird, den bisweilen desorganisierten und zerstrittenen Landesverband zu disziplinieren, wird sich zeigen müssen. In der Vergangenheit hatte die AfD in NRW einen chaotischen Eindruck hinterlassen, wofür nicht zuletzt Landessprecher Pretzell verantwortlich war. Unter anderem kam es zur Absage eines geplanten Bundesparteitags, weil bei der Auswahl der nordrhein-westfälischen Delegierten Unregelmäßigkeiten bemängelt worden waren. Ebenfalls für Aufsehen sorgte eine zwischenzeitliche Sperrung des Parteikontos der NRW-AfD aufgrund privater Schulden Marcus Pretzells.

Bei den Wahlen zum europäischen Parlament 2014 konnte die AfD in NRW mit 5,4 % noch einigermaßen erfolgreich abschneiden und ihren Spitzenkandidaten Pretzell als Abgeordneten nach Brüssel schicken. Der Erfolg relativiert sich jedoch im Vergleich mit dem Abschneiden in den anderen Bundesländern, in denen bis auf Niedersachsen bessere Ergebnisse

¹ Für Renner bedeutet die Wahl zum Landessprecher ein Comeback, nachdem er Ende 2013 nach dem Zerwürfnis mit dem damaligen, eher liberalen Landessprecher Alexander Dilger als dessen Stellvertreter abgewählt worden war. In der Zwischenzeit trat Renner als Unterzeichner der „Erfurter Resolution“ des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke in Erscheinung, die das ideologische Gegenstück zu Bernd Luckes „Weckruf 2015“ darstellt.

erzielt wurden. Noch schlechter schnitt die NRW-AfD bei der gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahl ab, was einerseits der geringen kommunalpolitischen Profilierung und Verankerung der Kandidaten sowie andererseits den auch für Außenstehende ersichtlichen, chaotischen und von persönlichen Streitigkeiten geprägten Zuständen im Landesverband geschuldet war. Landesweit kam die AfD so auf gerade einmal 2,6 Prozent, insgesamt konnten 89 Vertreter in die verschiedenen Stadt- und Gemeinderäte entsendet werden, darunter alle wichtigen größeren Städte im Rheinland und Ruhrgebiet. Das beste Ergebnis bei den kreisfreien Städten wurde in Mülheim a. d. Ruhr erzielt, dort erhielten die AfD-Kandidaten 5,2 Prozent und konnten in Fraktionsstärke in den Rat einziehen. Eine weitere AfD-Hochburg ist Mettmann mit einem Stimmenanteil von 7,9 Prozent.

Im Juli 2014 berichtete die Süddeutsche Zeitung von Kooperationen zwischen AfD-Vertretern und Mandatsträgern der radikal rechten Parteien NPD und Pro NRW in Duisburg, Bochum und Gelsenkirchen.² Dies trug zur weiteren Verschärfung der auch auf kommunaler Ebene geführten Richtungskämpfe bei und wirkte sich negativ auf die politische Arbeit und Handlungsfähigkeit der AfD-Funktionäre aus, wie die weitere Entwicklung zeigt.

Bereits im Frühjahr 2015 verlor die AfD ihren Fraktionsstatus in Mülheim durch den Austritt ihres Fraktionsvorsitzenden. In Mettmann kam es durch einen Parteiaustritt ebenfalls zum Verlust der Fraktionsstärke. In Essen sind mittlerweile alle drei AfD-Ratsmitglieder aus der Partei ausgetreten. Insgesamt werden für NRW nach der Abspaltung des Lucke-Flügels rund 400 Parteiaustritte verzeichnet, während die bundesweite Austrittsquote bei zirka 20 Prozent liegt.

Beim Streit um die inhaltliche Ausrich-

² Haimerl, Kathrin, sueddeutsche.de (29.07.2014): <http://www.sueddeutsche.de/politik/nordrhein-westfalen-afd-soll-mit-rechtsextremen-paktieren-1.2059356> (Abruf: 03.08.2015)

tung der AfD, der letztlich zur Spaltung führte, spielten neben den exponierten Funktionären der Parteispitze vor allem die Landesverbände Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen eine bedeutende Rolle. In NRW ist die AfD zahlenmäßig am stärksten aufgestellt und wird mit Landesvorstandssprecher Marcus Pretzell von einem erklärten Gegner des gemäßigeren AfD-Flügels angeführt, der schon frühzeitig die Konfrontation mit Bernd Lucke und dessen Bemühungen, die Rechtsaußen-Fraktion seiner Partei zu disziplinieren, suchte. So beteiligte sich dieser noch zu seiner Zeit als Mitglied im Bundesvorstand demonstrativ an einer Diskussionsveranstaltung der Jungen Alternative NRW mit UKIP-Chef Nigel Farage. Da eine Zusammenarbeit mit UKIP im Vorfeld offiziell ausgeschlossen worden war, führte dieser gezielte Affront zu einer Rüge für Marcus Pretzell durch den übrigen Vorstand. Nachdem Pretzell bei der Europawahl im Mai 2014 als NRW-Spitzenkandidat ins Parlament einziehen konnte und auf dem Landesparteitag im Juni 2014 zum Landessprecher gewählt wurde, trat er im Oktober 2014 von seinem Posten im Bundesvorstand zurück. Als Begründung gab er an, sich auf die beiden anderen Aufgaben konzentrieren zu wollen, wobei sein Rückzug gleichzeitig als taktisches Manöver im innerparteilichen Machtkampf verstanden werden kann, um im Falle einer Durchsetzung der Lucke-Linie weniger angreifbar zu sein. Stattdessen unterstützte Pretzell vor allem Frauke Petry in ihrer zunehmenden Konfrontation mit Bernd Lucke und dessen Anhängern, während er ansonsten in die Defensive geriet. Trotz der dominanten Rolle Marcus Pretzells für die Entwicklung des Landesverbandes ist er jedoch nicht allein verantwortlich für den Rechtstrend der NRW-AfD.

Neben dem nun in die Landesspitze zurückgekehrten Martin Renner hat sich Hermann Behrendt als inhaltlicher Impulsgeber hervorgetan. Unter dem Titel „Mandative Demokratie“ hatte Behrendt 2011 eine sogenannte „Realutopie“ ver-

öffentlich, die er als Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie skizzierte. Parlamentarische Kontrolle der Regierung wird darin als störendes Hindernis bei der Durchsetzung unliebsamer Maßnahmen zum Sozialabbau dargestellt, weshalb die Abschaffung des Parlaments und die Direktwahl von Bundesregierung und Bundeskanzler gefordert wird. Außerdem sollen Kündigungsschutz und gewerkschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten aufgehoben werden, um auf der anderen Seite Arbeitszwang und die Rente mit 70 einzuführen. Weiter beinhaltet das Werk abwertende Äußerungen über Hartz-4-Empfänger und Zuwanderer.³ Trotz anderslautender Beteuerungen Behrendts stellt das Werk eine der Grundlagen für dessen politische Arbeit dar. So ist in der Pressemitteilung zur Kandidatenvorstellung von Hermann Behrendt zur Bundestagswahl mit der Direktwahl des Bundeskanzlers bzw. der Bundesregierung ein zentrales Element des 'Mandative Demokratie'-Konzepts enthalten.⁴ Dies entspricht dem im Buch beschriebenen Vorgehen, die für die Umsetzung des Konzepts notwendigen Verfassungsänderungen und Reformen sukzessive umzusetzen.⁵ Da Behrendt sich dem "Weckruf 2015" angeschlossen hat, besteht nun die Möglichkeit, derartige Inhalte auch in die neue Partei "ALFA" einzubringen.

Eine weitere wichtige Personalie in der NRW-AfD stellt der Düsseldorfer Rechtsanwalt Alexander Heumann dar, der immer wieder durch zuwanderungs- und islamfeindliche Äußerungen provoziert und sich aktiv an der Formierung des innerparteilichen Rechtsaußen-Flügels beteiligt hat. So gründete Heumann den NRW-Ableger der Patriotischen Plattform (PP), als deren Sprecher er fungierte.⁶

Allgemein ist Heumanns persönli-

cher Blog sehr aufschlussreich, was seine politischen Ansichten betrifft. So finden sich dort neben Kommentaren zu Entwicklungen in der AfD Einträge zu "Ausländerkriminalität"⁷ und sogar ein holocaustrelativierender Artikel über den Genozid an den Armeniern, in dem dieser als "Blaupause" für die Shoa bezeichnet wird.⁸

Dass sich Heumanns Agitation nicht nur auf das Internet beschränkt, zeigt seine Beteiligung an einer Demonstration der "Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) sowie der Aufbau des Düsseldorfer Ablegers der islamfeindlichen PEGIDA-Demonstrationen. Außerdem ist Heumann Vorstandsmitglied der rechten 'Bürgerbewegung Pax Europa'. Mit derartigen Standpunkten und Aktivitäten stellt er ein extremes Beispiel für die rechten Umtriebe in der AfD dar; bezeichnenderweise kam es jedoch zu keinerlei Distanzierungen oder Disziplinierungen seitens der Partei, vielmehr wurde Heumann auf dem Bundesparteitag im Juli 2015 ins Bundesschiedsgericht der AfD berufen. Aktuell wird Heumann jedoch auf der AfD-Internetseite nicht mehr bei den Mitgliedern des Schiedsgericht geführt, Informationen zu einem möglichen Ausscheiden Heumanns sind derzeit nicht offiziell bestätigt.

Ebenfalls in Düsseldorf ansässig ist Ulrich Wlecke, der Anfang der 1990er Jahre Schatzmeister der extrem rechten 'Republikaner' war, bevor er zur CDU wechselte. Dass sich der Unternehmer von den Inhalten der Republikaner abgewendet hat, ist nicht zu erkennen. So unterstützte Wlecke den FPÖ-Chef Jörg Haider und gilt als Vertrauter von PRO-NRW-Vorsitzender Markus Beisicht, mit dem er gemeinsam den "Ring freiheitlicher Studenten" in NRW aufgebaut hatte, dem "neofaschistische Tendenzen" attestiert wurden.⁹ Wleckes rechter Hintergrund scheint indes

7 Heumann, Alexander, 11.07.2015 „Ausländerkriminalität“ <http://www.heumanns-brille.de/auslaenderkriminalitaet/> (Abruf: 07.08.2015)

8 Heumann, Alexander, 19.04.2015: „Völkermord“ <http://www.heumanns-brille.de/voelkermord/> (Abruf: 03.08.2015)

9 Neuerer, Dietmar, Handelsblatt online (28.06.2013): „Konservativ, liberal, rechts - Wohin steuert die AfD?“ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-fruehere-republikaner-sorgen-im-nrw-verband-fuer-streit/8419392-3.html> (Abruf: 05.08.2015)

3 Vgl: Kemper, Andreas, 29.03.2014 <https://andreaskemper.wordpress.com/2014/03/29/afd-nrw-vorstandssprecher-abschaffung-der-parlamentarischen-demokratie/> (Abruf: 10.08.2015)

4 Alternative für Deutschland – NRW, August 2013 http://www.nrw-alternativefuer.de/wp-content/uploads/2013/08/AfD_PM_Direktkandidat_Behrendt.pdf (Abruf: 10.08.2015)

5 Kemper, Andreas, Antifaschistische Nachrichten (08-2014) http://www.antifaschistische-nachrichten.de/fileadmin/users/antifana/pdf/2014/an_08_2014.pdf (Abruf: 11.08.2015)

6 Lotta Magazin #57 (Herbst 2014) „'Patriotische Plattform' in der AfD gegründet“ (43.)



Sebastian Reinfeldt

„Wir für Euch“

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise
Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast
144 S., 16 Euro.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen »Begründungen« in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.



Helmut Kellershohn
(Hg.)
**Die »Deutsche Stimme
der »Jungen Freiheit«**
Lesarten des völkischen
Nationalismus in zent-
ralen Publikationen der
extremen Rechten
Edition DISS Bd. 23
330 Seiten, 28 EUR

Die »Junge Freiheit« steht für das jung-konservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die »Dekadenz« verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine »konservative Basisbewegung« und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die »Deutsche Stimme«, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer »Fundamentalopposition von Rechts«, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das »System« stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper /
Helmut Kellershohn /
Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen
Edition DISS Bd. 28,
Münster: Unrast
288 S., 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

„Angesichts der vielfältigen Aktivitäten von Personen mit rechtem Hintergrund, die mitunter gewichtige Parteiämter innehaben, stellt die Nähe zum rechten Spektrum ein kontinuierliches Phänomen im Landesverband NRW dar. Bedenklich ist hierbei die Tatsache, dass Ausfälle nach rechts nur sehr selten Konsequenzen nach sich zogen und personelle Veränderungen eher aus den innerparteilichen Machtkämpfen und persönlichen Streitereien resultierten.“

kein Ausschlusskriterium für die Ausübung verantwortungsvoller Parteiämter zu sein, da er zum einen Vorsitzender des einflussreichen AfD-internen Mittelstandsforums und andererseits Leiter des Landesfachausschusses „Wirtschaft und Energie“ ist, also an der Gestaltung grundsätzlicher politischer Leitlinien der AfD beteiligt ist. Außerdem ist er Mitglied im Düsseldorfer Stadtrat und dort im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Rechnungsprüfungsausschuss aktiv.

Schließlich bleibt noch Markus Wagner zu erwähnen, ehemals Bundesvorsitzender der als »Schill-Partei« bekannten Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der als kooptiertes Vorstandsmitglied ausgerechnet für Mitgliederangelegenheiten zuständig ist.

Auch gegenüber verschwörungstheoretischen Inhalten scheint die NRW-AfD aufgeschlossen zu sein, wie der im März 2015 durchgeführte „1. Alternative Wissenskongress“ zeigt, der von einzelnen AfD-Funktionären angemeldet wurde, nachdem die Bezirksverbände nach öffentlicher Kritik auf Abstand gingen. Vor allem die Auftritte des selbsternannten „Nationalbolschewisten“ und Querfront-Ideologen Jürgen Elsässer sowie des Chefs der pseudowissenschaftlichen „Wissensmanufaktur“, Andreas Popp, zeigen die Anschlussfähigkeit mancher Teile der Partei selbst an krudeste Ideologien.

Angesichts der vielfältigen Aktivitäten von Personen mit rechtem Hintergrund, die mitunter gewichtige Parteiämter innehaben, bleibt festzuhalten, dass die Nähe zum rechten Spektrum ein kontinuierliches Phänomen im Landesverband NRW darstellt. Bedenklich ist hierbei die Tatsache, dass Ausfälle nach rechts nur äußerst

selten Konsequenzen nach sich zogen und personelle Veränderungen eher aus den innerparteilichen Machtkämpfen und persönlichen Streitereien resultierten. Die Entscheidung im Richtungsstreit in der Bundespartei hatte bislang vergleichsweise geringe Auswirkungen auf den Landesverband.¹⁰

Angeführt von seinem Vorstandssprecher Marcus Pretzell nahm der Landesverband NRW eine bedeutende Rolle ein bei der Durchsetzung des nationalkonservativen Flügels im Richtungsstreit in der Bundespartei. Nun wird sich zeigen, ob es den verbliebenen Parteispitzen und wichtigen Funktionären wie Pretzell gelingt, die Handlungsfähigkeit der AfD zu gewährleisten und zu verhindern, dass die Partei durch die chaotischen internen Verhältnisse und den Verlust des Lucke-Flügels in der politischen Bedeutungslosigkeit versinkt. Bei einer erfolgreichen Konsolidierung stellt sich dann die Frage, ob durch die weitere Öffnung der AfD nach rechts Bündnisse mit anderen Organisationen der populistischen bis radikalen Rechten ermöglicht werden und ob die Partei weiteren Mitgliederzulauf aus diesem Spektrum verzeichnen wird. Anhand der bisherigen Entwicklungen in NRW ist dieses Szenario zumindest denkbar.

Clemens Schaar studiert Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Der Artikel entstand im Rahmen seines Praktikums im DISS.

¹⁰ Vgl hierzu: <http://www.report-k.de/Politik/Koelnpolitik/AfD-meldet-30-Austritte-in-Koeln-47189>



Wilhelm Limburg mit einem uniformierten Kameraden vor dem Regimentsdenkmal (Quelle: Stadtarchiv Duisburg).

Was vom umstrittenen Denkmal übrig blieb

Von Robin Heun

Über 40 Jahre lang haben Menschen aus dem Umfeld der Friedensbewegung ein Denkmal für ein Infanterieregiment des Ersten Weltkriegs auf dem Duisburger Kaiserberg kritisiert und dessen Beseitigung gefordert. (Vgl. DISS-Journal 27, 2014). Der Anlass für die Kritik waren kriegsverherrlichende und nationalistische Inschriften des 1933 errichteten Denkmals. Immerhin wurden bereits im Zuge der Entnazifizierung zwei kleine Hakenkreuze vom Sockel des Denkmals entfernt.

Im Jahr 2013 hatte ein städtisches Amt das Denkmal aufgrund von Witterungsschäden partiell abgebaut und eingezäunt. In der Presse kursierte das Gerücht von einer Restaurierung.¹ In dieser Zeit kam es zu einer Episode der kreativen, subversiven Umnutzung des Kriegsdenkmals: Unbekannte Personen begannen große und kleine Eisbären

sowie andere Kuscheltiere auf dem halb abgebauten Kriegsdenkmal zu platzieren. Offensichtlich störten sich Neonazis an dieser Art der Umnutzung. Der große Eisbär wurde verbrannt und einschlägige Aufkleber wurden in der unmittelbaren Umgebung verklebt. Die diskursiven Kämpfe um das umstrittene Denkmal wurden wieder sichtbar.

Im März 2015 wurden die letzten Reste des auffälligen Denkmals sang- und klanglos abgerissen. Beim Abbruch des Denkmals entdeckten Spaziergänger die Reste einer zerfetzten Metallschachtel und ein Knäuel bedruckter Schriftstücke. Es handelte sich hierbei wahrscheinlich um die Schatulle, die bei der Grundsteinlegung am 2. September 1933 (Sedantag) beigefügt wurde, sowie um „die gesammelten Dokumente“, die „in den Grundstein eingelassen“² worden waren.

Die Schriftstücke sind ein unvollständiges Puzzle verschiedenster und größtenteils schwer beschädigter Dokumente. Unter

ihnen befindet sich zum Beispiel die Regierungserklärung vom 1. Februar 1933, eine Titelseite des Völkischen Beobachters sowie Schriftstücke aus dem Zusammenhang der Vereinigung ehemaliger 193er. Das war der Kriegerverein, der sich für das Denkmal eingesetzt hat. Die lesbaren Schriftstücke zeugen von der revanchistischen, völkisch-nationalistischen Ausrichtung der an der Grundsteinlegung beteiligten Akteure. Es ist die Rede vom „Hass gegen Frankreich“, vom „Erbfeind“, vom „freien, deutschen Rhein“. Im Zusammenhang der französisch-belgischen Ruhrbesetzung (1923-1925) heißt es in einem Dokument, dass „die Tatsache, dass Frankreich schwarze Hilfsvölker zur Aufrechterhaltung seiner Weltmachtansprüche nötig“ habe, „weiterhin sichtbar seinen Verfall, seine Schwäche“ zeige.³

³ Zur rassistischen Abwertung schwarzer Besatzungssoldaten während der Ruhrbesetzung siehe: Jeannesson, Stanislas: Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, in: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hg.): Der Schatten des Weltkriegs.

¹ Vgl. BILD RUHRGEBIET vom 14.03.2014; „Ein friedlicher Eisbär auf einem Kriegsdenkmal“, WAZ vom 09.01.2014

² Duisburger General-Anzeiger, 52. Jg., Nr. 243, vom Montag, dem 4. September 1933.

Die Enthüllung des Denkmals sollte ursprünglich, so die Planungen der Vereinigung ehemaliger 193er, durch Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP) vorgenommen werden.⁴ Es kam jedoch anders. Jarres wurde im Mai 1933 aus dem Amt entlassen. Stattdessen trat der neue NSDAP-OB Ernst Kelter auf. In der Nationalzeitung, dem Presseorgan der NSDAP im Ruhrgebiet, hieß es in dem Artikel „Gefalleneneyerung auf dem Kaiserberg“:

„Sodann übergibt Pg Limburg das Denkmal in die Obhut der Stadt Duisburg-Hamborn. Oberbürgermeister Pg Dr. Kelter [...] übernimmt das Ehrenmal mit dem Versprechen, daß er als Nationalsozialist wisse, wie er dieses Zeichen der Treue, der Dankbarkeit und der Mahnung zu schützen und zu betreuen habe.“⁵

Mit dem kürzlich erfolgten Abbruch des Denkmals ist das Versprechen von Herrn Kelter wohl gebrochen worden. Dabei hätte das baufällige Denkmal auch ein verunsichernder Erinnerungsort werden können, der zur kritischen Reflexion nationalistischer und kriegsverharmlosender Diskurse hätte anregen können. Der Betrieb, der das Denkmal seinerzeit angefertigt hat, die Steinwerke Albert Wirths⁶, existiert hingegen bis heute in Geroldshausen im Landkreis Würzburg.

Denkmalsinitiator: Völkisch organisiert, vom Führer verführt und entnazifiziert

Die Korrespondenzen der Vereinigung ehem. 193er mit der Stadt Duisburg belegen, dass Wilhelm Limburg (*1878) als 1. Vereinsvorsitzender ein Hauptinitiator des Denkmals war. Limburg war seit 1912 städtischer Bediensteter und ab 1919 Beamter. Was wir über ihn wissen, entnehmen wir aus seiner Personalakte. Seine militärische Laufbahn begann 1899, als er „aufgrund der Dienstpflicht“ eingezogen wurde.

Nach der 12-jährigen Dienstzeit bewarb sich der Feldwebel bei der Stadtverwaltung als Büroassistent. Bei seinem Dienst

Die Ruhrbesetzung 1923, S. 207–231, hier S. 217.

4 StA DU Bestand 600/120. Brief der Vereinigung ehem. 193er vom 14.12.1931

5 National Zeitung vom 09.10.1933.

6 Der Betrieb führte unter anderem auch Steinmetzarbeiten für die in der Pogromnacht niedergebrannte Synagoge Fasanenstraße in Berlin-Charlottenburg aus.



Foto der Grundsteinlegung. In der Mitte die Schatulle. Links daneben Denkmalsinitiator Wilhelm Limburg mit Mauerkelle (Quelle: Stadtarchiv Duisburg).

schwor er 1913 seinem „allergnädigsten Herrn“ - dem preußischen König - Untertänigkeit, Treue und Gehorsam. Den Ersten Weltkrieg erlebte er von der ersten bis zur letzten Stunde hauptsächlich in Frankreich, wo er ab 1915 zum Infanterie-Regiment 193 gelangte, dessen Adjutant er wurde. Nach dem Krieg gründet sich in Duisburg am 14. August 1920, dem Jahrestag des Kriegsbeginns, die Vereinigung ehem. 193er. Limburg wird ihr 1. Vorsitzender und schreibt „im Winter der Fremdherrschaft 1924/25“ eine kriegsverherrlichende Chronik seines Regiments.

Die Planung eines Regimentsdenkmals ist dem Verein seit mindestens 1926 ein Anliegen, für das sich Wilhelm Limburg bei der städtischen Verwaltung letztlich erfolgreich eingesetzt hat. Was die Gestaltung des Denkmals betrifft, hat sich das städtische Neubauamt - Grabmalberatung in die Gestaltung eingemischt und das Denkmal mit einem „Gegenvorschlag“ entscheidend mitgestaltet. In Teilen schwächte das Amt sogar die Heroisierung des Soldatentodes ab, indem ein vorgesehener „übergroßer Stahlhelm“, der den „Schicksalswürfel“ krönen sollte, zu einem vergleichsweise kleinen Relief wurde. Das Amt rechtfertigte die Umarbeitung des eingereichten Entwurfs damit, es sei unwahrscheinlich, „dass die Stadtverwaltung Duisburg die Erbauung eines ästhetisch nicht voll befriedigenden Ehrenmals an einer der landschaftlichen schönsten Stellen zulassen wird.“⁷

7 StA DU Bestand 600/120. Brief vom 29.09.1932.

Zurück zu Wilhelm Limburg...

Im Jahr 1929 wurde Limburg auf die demokratische, preußische Verfassung vereidigt und schwor, diese „gewissenhaft beobachten“ und das ihm übertragene Amt „unparteiisch“ verwalten zu wollen. Vermutlich, um nicht in Konflikt mit Arbeitgebern oder dem Staat zu geraten, betonte der Verein, dass er keine „politische Färbung“⁸ habe. Im Nachwort seiner Regiments-Chronik zitiert Limburg einen Frontkämpfer mit den Worten:

„Es bedarf der Zeit und der Wiederbesinnung der Nation auf ihren Wert. Wir halten unser deutsches Volk für nicht erbärmlich genug, als daß wir nicht mit allen Fasern unserer Seele hofften, daß eines Tages wie Sturmgewitter eine Wiedergeburt über uns kommt, der keine Macht der Erde standzuhalten vermag“⁹.

Vor dem Hintergrund solch chauvinistisch-revanchistischer Aussagen ist die Selbsteinschätzung bzw. die Inszenierung als unpolitischer Verein als bloßes Lippenbekenntnis zur Vermeidung von Konflikten zu bewerten.

Im November 1931 tritt Limburg der NSDAP bei. Er war kein Nationalsozialist der ersten Stunde, jedoch auch kein Mitläufer. Er war ein Soldat des Ersten Weltkriegs, der sich offensichtlich frühzeitig für die

8 Wilhelm Limburg: Geschichte des Infanterie-Regiments Nr. 193, Oldenburg i.D./Berlin 1925, 367.

9 Ebd., 366.

politischen Ziele der radikal antidemokratischen, antisemitischen Partei interessierte. Die sogenannte ‚NS-Machtergreifung‘ wird W. Limburg vermutlich als die herbeigesehnte ‚Wiedergeburt der Nation‘ betrachtet haben. Als „Schriftführer“ der Vereinszeitung schrieb er 1939 jedenfalls vom „tiefen Sinn der Volksgemeinschaft“ und dem „Geist unserer großen Gegenwart“.¹⁰

Vor dem Hintergrund der Systemwechsel schwört Stadtoberinspektor Limburg 1934 - bei seinem inzwischen dritten Verdigungsnachweis - auf den „Führer“. Er wird Mitglied weiterer NS-Organisationen, wie der SA (im Range eines Sturmführers) und der NS-Volkswohlfahrt und engagiert sich als Bezirksobmann der Landesfilmstelle der NSDAP. Seit 1933 war Limburg Mitglied der völkisch-antisemitischen Glaubensbewegung Deutsche Christen sowie gewählter Kirchenmeister zweier Stadtbezirke.

Den Zweiten Weltkrieg erlebt Wilhelm Limburg seit seiner Einberufung 1941, wie schon den Ersten Weltkrieg, in Frankreich. Dieses Mal jedoch als Hauptmann in Kriegsgefangenenlagern. Vier Tage vor Heiligabend 1942 wurde seine Wohnung von „Terrorangriffen feindlicher Flieger“ zerstört. Wenige Tage vor seinem 65. Geburtstag erkundigte er sich 1943 beim Duisburger Bürgermeister, ob er in Kürze mit seiner Pensionierung rechnen darf und schrieb: „Mein größter Soldatenwunsch mit an den Feind heranzukommen blieb mir in

diesem zweiten Weltkriege leider versagt“. Gleichzeitig bemühte er sich erfolgreich um die Entlassung aus dem „aktiven Militärdienste“, um sich nach Jeßnitz (Anhalt) zu begeben, wohin er seine Frau evakuiert hatte. Im Januar 1944 zog er mit ihr in seine Geburtsstadt Neuwied.

Die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 fiel mit seinem 67. Geburtstag zusammen, und sein Wohnort lag in der französischen Besatzungszone. Aufgrund seiner frühen Parteimitgliedschaft entschied in Duisburg im Januar 1946 ein Ausschuss, die Pensionszahlung an Wilhelm Limburg einzustellen. Selbstverständlich reagierte Limburg auf die Zahlungseinstellung. Er schrieb einen Brief an den Oberbürgermeister (betr. Entnazifizierung), in welchem er betonte:

„... ich kann nur feierlichst erklären, daß ich kein Aktivist war und keine frevelhaften Maßnahmen der Nazis herbeigeführt oder gefördert habe. Ich habe auch nicht das geringste Gefühl jemals etwas Unrechtes getan zu haben.“ [Hervorh. im Original]

Unabhängig davon, was Limburg überhaupt unter „frevelhaften Maßnahmen“ verstand oder was der Wahrheit entsprach, ist interessant zu beobachten, wie er sich offensichtlich schon sprachlich von ‚den Nazis‘ distanzierte. Die verbrecherischen Nazis erscheinen immer als die Anderen. In der Nachkriegszeit hat sich nicht ganz zufällig die Formel vom „anständig gebliebenen Nazi“ etabliert. Im Januar 1947 lehnte die Entnazifizierungskommission der Stadtverwaltung Limburgs Antrag auf Weiterzahlung der Pension ab. Seine Eingabe endete mit dem Satz: „Das grosse Unglück, welches der gewissenloseste Verführer aller Zeiten über

Deutschland und die übrige Welt gebracht hat, zwingt uns, alle unsere Kraft für den Wiederaufbau einzusetzen, wozu ich jederzeit bereit bin. Ergebenst Wilhelm Limburg, Stadtober. Inspektor i.R.“.

Anhand dieser Aussage lassen sich zwei typische Narrative der Nachkriegszeit identifizieren, die zum Teil bis heute reproduziert werden. Erstens das Narrativ vom „großen Unglück“, welches die NS-Verbrechen in die Nähe eines Betriebsunfalls oder einer Naturkatastrophe rückt. Solche Metaphern wirken externalisierend und unterstreichen die eigene Passivität, so dass schon der bloße Gedanke einer Mitbeteiligung an einer gesellschaftlichen Entwicklung oder einem Ereignis undenkbar erscheint.¹¹ Als Limburg vom großen „Unglück“ schrieb, wird er sicherlich nicht an die Vernichtung der europäischen Juden, die der Sinti und Roma, an den Vernichtungskrieg im Osten oder an das System der Zwangsarbeit gedacht haben, sondern eher an den Zusammenbruch des Regimes und die zerstörten deutschen Städte.

Mit dem Verweis auf den „gewissenloseste[n] Verführer“ kommt das zweite, daran anknüpfende Narrativ zum Vorschein: Adolf Hitler hat das deutsche Volk verführt! Damit konkretisierte Limburg, wer die alleinige Schuld am großen Unglück trägt - eine Interpretation, die in der Nachkriegszeit Karriere machte. Limburgs Sicht der Dinge kann stellvertretend für viele im NS-Regime verstrickte Personen gelten, die nach dem ‚Zusammenbruch‘ die alleinige Verantwortung für das große „Unglück“ beim Führer und/oder bei der Reichsregierung gesucht und gefunden haben. Eine solche Perspektive ermöglicht den eigenen Beitrag zum reibungslosen Funktionieren des NS-Regimes sowie eigene (alternative) Handlungsspielräume auszublenden.

Trotz der zunächst durchaus umfassenden Bemühungen der Alliierten, die deutsche Gesellschaft zu entnazifizieren, konnte der Nürnberger Prozess gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ diese Auffassung bestärken. Erst seit kurzem (Demjanjuk- und Gröning-Prozess) wird der Blick auch auf die Mittäterschaft geworfen.¹²

¹⁰ StA DU Bestand 103A/7123 Personalakte Wilhelm Limburg.

¹¹ Siehe hierzu meinen Beitrag: Duisburg im Strudel des Nationalsozialismus, in: DISS-Journal 25 (2013), 32-34.

¹² Vgl. Thomas Fischer: Oskar Gröning und die Beihilfe, in: ZEIT ONLINE 21.07.2015. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-07/ns-verbrecher-beihilfe-taeter>



Die geborgenen Reste des Denkmals. Im Vordergrund die zerfetzte Schatulle von der Grundsteinlegung.



Bente Gießelmann, Robin Heun,
Benjamin Kerst, Lenard Suermann,
Fabian Virchow (Hg.)

**Handwörterbuch rechtsextremer
Kampfbegriffe**

2015 Schwalbach: Wochenschau-Verlag
368 S., 24,80 €

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuld-kult sprechen?

Die Autorinnen und Autoren dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft.

Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit.

Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

**Zurück zur Limburgs
Entnazifizierung...**

Im Februar 1947 beschloss die Entnazifizierungskommission Limburgs Antrag auf Weiterzahlung der Pension erneut zu prüfen. Daraufhin reichte Limburg einen Brief eines ehemaligen französischen Kriegsgefangenen ein, um der Kommission „einen Einblick zu geben“, wie er seine „Aufgabe in Frankreich in den Jahren 1941-1943 aufgefasst habe“. Aus diesem Brief würde, so Limburg, die Anerkennung sprechen, wie er die ihm „unterstellte[n] weißen und farbigen Franzosen behandelt habe“.

Sein Anschreiben endet mit dem Satz: „Ich trage die Gewißheit in meinem Herzen, durch meine gerechte und verständnisvolle Behandlung der Kriegsgefangenen, mir viele und gute Freunde und bestes Ansehen unter den Franzosen erworben zu haben. Ergebenst W.L.“. Solche Formulierungen zeigen, unabhängig davon, ob seine Selbsteinschätzung den Tatsachen entsprach, wie die Anfänge der Entnazifizierung die frühen Parteimitglieder mit Restriktionen in Schwierigkeiten brachte. Die Grußformel „Ergebenst“ hatte Limburg während seiner 40jährigen Dienstzeit in keinen anderen Brief an die Stadtverwaltung verwendet.

Die hier angeführten Zitate aus vier Jahrzehnten seines Lebens verdeutlichen, dass er sich in allen Situationen an sich wandelnde Rahmenbedingungen angepasst hat – nicht zuletzt um seine Interessen zu verfolgen – und dabei vermutlich davon überzeugt war, stets das Richtige getan zu haben. Limburg hatte Glück. Im Juni 1947 kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass Limburg „kein übler Nationalsozialist“ gewesen war. Er wurde in die Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft und erhielt zunächst 40 % und dann 50 % seiner Pension.

Im Januar 1948 verstarb Wilhelm Limburg im Alter von 69 Jahren, seine Entnazifizierung ging jedoch weiter. Seine Frau, Bernhardine Limburg bevollmächtigte den Rechtsanwalt Wilhelm Huntgeburth mit dem Verfahren. Ab Oktober 1948 erhielt Frau Limburg 75 % der Witwenpension; ihr Anwalt legte hiergegen Berufung ein. Am 6.12. entschied der Entnazifizierungsausschuss, dass Frau Limburg die volle Pension gewährt werden müsse. In der Entscheidungsbegründung hielt man fest, dass Limburg „kein Aktivist gewesen“ sei. Ein Zeugnis des Rechtsanwalts Huntgeburth habe

strafrecht-justiz-fischer-im-recht.

gezeigt, dass er „sich sogar öffentlich gegen die Zurücksetzung des jüdischen Rechtsanwaltes Kaufmann ausgesprochen“ habe. Wilhelm Limburg wurde also posthum in die Gruppe IV (Mitläufer) eingestuft.¹³

Bei dem Rechtsanwalt Huntgeburth handelte es sich um den Kameradschaftsführer der Ortsgruppe Oberhausen der Vereinigung ehem. 193er. Sein Name fällt auch im Bericht über die Denkmalsweihe in der Nationalzeitung. Dies zeigt, dass die Kameradschaftsnetzwerke bei der Entnazifizierung hilfreich waren. Ob es sich bei dem „vorgelegten Zeugnis“ lediglich um einen „Persilschein“ handelt, kann nicht mehr beurteilt werden.

Bei dem erwähnten jüdischen Rechtsanwalt handelt es sich vermutlich¹⁴ um Dr. Sally Kaufmann, den letzten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Duisburg. Fest steht, dass Sally Kaufmann seinen Beruf als Rechtsanwalt und sein Amt als Notar aufgeben musste. Trotz zahlreicher Auswanderungsbemühungen wurden er und seine Frau 1943 nach Theresienstadt deportiert und 1944 in Auschwitz ermordet. Ihren Sohn, Walter Kaufmann, hatte das Ehepaar Kaufmann nach dem Novemberpogrom mit einem Kindertransport nach England geschickt und ihm damit das Leben gerettet: Walter Kaufmann ist einer der letzten Holocaustüberlebenden. In einem Interview¹⁵ berichtete er kürzlich, dass er als Kind seinen Vater hat „leiden sehen“, weil ihm als ehemaligem Offizier des Ersten Weltkriegs in den 1930er Jahren die Teilnahme an der Enthüllung eines Denkmals für sein Regiment auf dem Kaiserberg verweigert wurde. Da es nur ein Regimentsdenkmal auf dem Kaiserberg gab, wird es sich hierbei um Limburgs Denkmal für das 193. Infanterieregiment gehandelt haben.

Das Denkmal ist abgebaut, womit die diskursiven Kämpfe um das umstrittene Denkmal endgültig beendet zu sein scheinen? Das einzige, was vom Denkmal blieb, ist ein in der unmittelbaren Nähe in den Boden eingelassener Stein, der die Inschrift trägt: „WANDERER STEH! GRÜSSE DIE FÜR DICH STARBEN“.

¹³ StA DU Bestand 103 A/7123 Personalakte Wilhelm Limburg.

¹⁴ In Duisburg gab es nur zwei jüdische Rechtsanwälte mit dem Namen Kaufmann.

¹⁵ Das Interview führte der Autor gemeinsam mit Dr. Ludger Heid im Auftrag des Zentrums für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie der Stadt Duisburg.



Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)

Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat
Edition DISS Band 37

168 Seiten, 18 EUR,
ISBN 978-3-89771-766-4

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gür-Şeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.

Sonderdruck

zum Massensterben im Mittelmeer



Den Artikel von Heiko Kaufmann aus DISS-Journal 29 (2015) haben wir in einer Auflage von 5.000 Exemplaren als Sonderdruck an zivilgesellschaftliche Organisationen verteilt. Wir wollen damit einen Beitrag dazu leisten, den Druck auf die politischen Handlungsträger, dem Massensterben im Mittelmeer ein Ende zu bereiten, zu verstärken. Der Sonderdruck „Die Opfer Europas – Schluss mit der Barbarei“ ist abrufbar unter: <http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/diss-journal-29-sonderdruck.pdf>.



AK Antiziganismus im DISS Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreinschätzung am Beispiel Duisburg

2015 Online-Broschüre
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter:

<http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf>

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter:

<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf>

Antiziganismus zwischen Revolution und Völkerkunde

Rezension zu Wolfgang Wippermann – Niemand ist ein Zigeuner

Eine Rezension von Stefan Vennmann

Wolfgang Wippermann bietet mit seinem neuen Buch *Niemand ist ein Zigeuner. Zur Ächtung eines europäischen Vorurteils* eine ausführliche Übersicht zum Themenkomplex des europäischen Antiziganismus an. Er stellt die Geschichte des Antiziganismus vom Mittelalter über die Aufklärungsphilosophie bis hin zur Vernichtung von Sinti_za, Rom_nija und anderen als „Zigeuner“ Stigmatisierten im Nationalsozialismus zusammenfassend dar. Er geht ein auf die verweigerte Wiedergutmachung, die antiziganistische Politik west- und osteuropäischer Staaten sowie auf den Kampf der Selbstorganisationen um Anerkennung und ergänzt seine Darstellung um eine Kritik der historischen Tsiganologie und der gegenwärtigen Antiziganismusforschung.

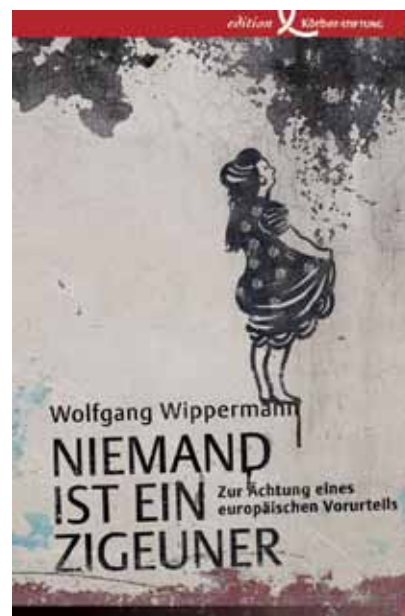
Das Buch ist deshalb besonders interessant, weil es durch eine klar verständliche Sprache, die sich nicht in der Aneinanderreihung wissenschaftlicher Fachbegriffe verliert, auch für solche Personen lesenswert ist, die sich weder mit Antiziganismus noch mit Sozial- und Geisteswissenschaften näher beschäftigen. Neben der umfassenden Darstellung der Geschichte des Antiziganismus ist dies besonders hervorzuheben. Damit ist es möglich, dass das Buch in den aktuellen, antiziganistisch geprägten Diskurs intervenieren kann, in dem es Menschen außerhalb des wissenschaftlichen Spektrums, die für die rassistischen Implikationen des Stereotyps notwendigen Begrifflichkeiten – von Antiziganismus über Holocaust bis hin zur Sprache Romanes – kurz und knapp erklärt.

Für eine wissenschaftliche Zielgruppe weist das Buch allerdings an einigen Stellen auch Defizite auf. Zwar verweist Wippermann an gegebener Stelle auf vertiefende Fachliteratur. Doch gerade bei seinem Bezug auf nicht eindeutige Statistiken, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Erhebungen der nationalsozialistischen Forschungsinstitute für Rassenhygiene beruhen, wäre eine exakte Quellenangabe und hilfreicher Bezug wünschenswert und hilfreich gewesen, um eine potenzielle Reproduktion rassistischer Kategorien vollends zu vermeiden (vgl. 70).

Auch kommt die Auseinandersetzung mit der Wiedervereinigung Deutschlands und mit den rassistischen Pogromen 1992 in Rostock-Lichtenhagen aus meiner Sicht

etwas zu kurz (vgl. 98f.). Die Rolle, die Ostdeutschland bei der rassistischen Stimmung in dieser Zeit spielte, hätte durchaus näher thematisiert werden können, um auf die vorhandenen mehrheitsgesellschaftlichen Rassismen im Bewusstsein der Leser_innen aufmerksam zu machen und eine Reflexion über individuelles Denken und Handeln anzuregen.

Die Kritik der historischen Tsiganologie, besonders die an den Rassentheoretikern des Nationalsozialismus, die Wippermann leistet, ist für das Verständnis der Problematik zentral und wird sehr gut auf den Punkt gebracht. Seine Auseinandersetzung mit einer ‚progressiven‘ Antiziganismusforschung erscheint allerdings nur Kenner_innen der Sachlage wirklich einleuchtend, da sie im Wesentlichen darin besteht, die Arbeiten der Kolleg_innen als methodisch unzureichend und begriffsdefinitorisch inkonsistent zu bezeichnen, auch wenn er die prinzipielle Arbeit am Gegenstand lobend erwähnt (vgl. S. 178f). Die gut verständliche Einführung, die stellenweise stilistisch wie ein journalistischer Reisebericht mit historischem Rückblick – inklusive der persönlichen Erfahrungen des Autors – liest, ist trotz dieser Einwände besonders gut für diejenigen geeignet, die dem Komplex des Antiziganismus bisher nicht oder kaum angenähert haben. Denjenigen, die die umfassende historische, sozial- oder geisteswissenschaftliche Auseinandersetzung und Tiefe suchen, seien Wippermanns sehr gute sozio-historische Rekonstruktionen zum Antiziganismus ans Herz gelegt. Der aktuelle Band liefert



Wolfgang Wippermann
Niemand ist ein Zigeuner
Zur Ächtung eines europäischen Vorurteils
2015 edition Körber-Stiftung Hamburg
256 Seiten, 17 €

zwar keine neuen Forschungsergebnisse, wird aber seiner Funktion, nahezu alle Aspekte der Geschichte des europäischen Antiziganismus anzuschneiden, durchaus gerecht. Ob die von Wippermann intendierte Diskursintervention bei nicht wissenschaftlichen Leser_innen gelingt, ist zu hoffen, besonders im Sinne aller von Antiziganismus betroffenen Personen.

Weiterführende Literatur

Wippermann, Wolfgang 1997: *Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich*, Berlin: Elefanten Press.
Wippermann, Wolfgang 2005: *Rassenwahn und Teufelsglaube*, Berlin: Frank & Timme.

Stefan Vennmann studiert an der TU Dortmund Philosophie und Politikwissenschaft und ist Mitarbeiter im Arbeitskreis Antiziganismus im DISS.

Die „analytische Untauglichkeit“ des Extremismusbegriffs

Eine Rezension von Michael Lausberg

Das normative Extremismuskonzept wird wegen seiner Eindimensionalität der komplexen gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit kaum gerecht. Eine neuere Untersuchung über den Wandel und die Funktion des Begriffes von 1968 bis 2001 zeigt dessen funktionale Unzulänglichkeit.

Dieses Buch, das im Rahmen des Forschungsseminars „Repräsentation sozialer Ungleichheit und sozialer Konflikte“ an der TU Dresden entstanden ist, thematisiert die Extremismussemantik in der BRD und will sich „historisch-empirisch mit der konkreten Wechselseitigkeit politischer Umstände, der Funktion und dem Wandel“ des Extremismusbegriffs auseinandersetzen. Es werden seine etymologischen Wurzeln untersucht, die Evolution des Diskurses anhand signifikanter diskursiver Ereignisse zwischen 1968 und 2001 nachgezeichnet und schließlich die „analytische Untauglichkeit des Begriffs“ (14) offengelegt.

Methodisch wird auf die Ansätze der kritischen Diskursanalyse Siegfried Jägers und der Normalismustheorie Jürgen Links sowie auf die historisch-semantische Herangehensweise von Reinhart Koselleck zurückgegriffen. Die Autor_innen gehen auf die verschiedenen Repräsentationsebenen staatlicher Institutionen, der Öffentlichkeit und der Wissenschaft ein, da „die Konjunktur des Extremismusbegriffs (...) von juristischen, sicherheits- und bildungspolitischen Beschlüssen, die ihrerseits durch wissenschaftliche Institutionen und Stiftungen legitimiert und medial reproduziert werden“ (73), geprägt sei. Die Metamorphosen des Extremismusbegriffes ließen sich nur unter Berücksichtigung bestimmter Ebenenverschränkungen verstehen.

Die Bedeutung des Extremismusbegriffes ist seit den 1960er Jahren mehrfach nach politischer Großwetterlage und konkreten Ereignissen verschoben worden (59). In Abgrenzung zum zu positiv gesehenen Radikalismusbegriff wird zwischen 1965 und 1973 der Extremismusbegriff als neuer politischer Ausgrenzungsbegriff eingeführt. Von 1973 bis 1980 bildet sich

dann mit der Definition des Extremismus und der terminologischen Umstellung im Verfassungsschutzbericht von Radikalismus auf Extremismus ein neues Konzept heraus. Dazu gehören die Binnendifferenzierung in Rechts- und Linksextremismus und die Betonung der „wehrhaften Demokratie“ (226-227). In den 1980 und 1990er Jahren ergeben sich durch die Gewalt von rechts und den zunehmenden Terrorismus neue Begriffsprobleme. Um die Brücke zum Terror-Diskurs zu ermöglichen, wird neben der Verfassungsfeindlichkeit das Kriterium der Gewalt zum Legitimationskern des Extremismusbegriffs hinzugefügt. Es bildet sich eine Art „Patchwork-Extremismus“ heraus, der, um sich veränderten Bedingungen anzupassen, flexibel-normalistische Dimensionen aufweist (229). Ab 2000 verstärkt sich diese Tendenz.

Neben Links- und Rechtsextremismus wird der „Ausländerextremismus“ geprägt, der sich besonders in der Fassung als „islamischer Extremismus“ in der Öffentlichkeit verankert. Dies bedeutet, dass „der Begriff [Extremismus] eine endlose Zahl beliebiger Grenzmarkierungen und -verschiebungen gestattet und prinzipiell jeden Ein- und Ausschluss legitimieren kann“ (62). Die weitgehende inhaltliche Unbestimmtheit erlaube so prinzipiell unendliche flexibel normalistische Grenzverschiebungen, dies sei „das grundlegende Betriebsmodell und Erfolgsgeheimnis der Extremismussemantik“ (36). Diese flexible Ausrichtung zeige sich deutlich in der Extremismusforschung, in der es „weichen, harten und sogar smarten Extremismus“ gebe (229).

Der Terminus Extremismus erfüllt zentrale Funktionen als sicherheitspolitisches Konzept für staatliche Herrschaftspraxis, das von der „Magie der Mitte“ (Lenk 1994, 11f.) geprägt ist (vgl. auch Mohr/Rübner 2010). Der Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft, der spätestens durch die FES- und Heitmeier-Studien empirisch belegt werden kann, bliebe „stets die Achillesferse des Extremismusbegriffes“: „Einen mit-tigen Rassismus kann der extremismustheoretische Ansatz nicht nur nicht erklären, sondern er bedroht dessen Grund-



Jan Ackermann/Katherina Behne/Felix Buchta/Marc Drobot/Philipp Knopp: *Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit*. Wiesbaden: Springer VS 2015, 256 S., ISBN 978-3-658-06311-5

lage der Annahme einer klaren Grenze zwischen dem Innenraum der politischen Normalität und dem bedrohlichen Außen der Extremismen permanent“ (234).

Das Staatsverständnis der BRD, demzufolge ein ausgeglichener Konsens der Mitte herrschen soll, brauche laut den Autor_innen „immer den Extremismus, um stets prekäre Normalitätsgrenzen zu fixieren und gesellschaftliche Gruppen zu stigmatisieren und eventuell auszuschließen“. Daraus folgt, dass die „Konstruktion der politischen Mitte auf den Extremismus als ihre Möglichkeitsbedingung konstitutiv angewiesen“ sei (243).

Dieses Buch erweitert die ohnehin schon breite Kritik am Extremismuskonzept um die „Metamorphosen“ des Begriffes und zeigt überzeugend seine flexibel normalistischen Grenzverschiebungen auf. Sehr empfehlenswerte, aber auch anspruchsvolle Lektüre.

Zusätzliche Literatur:

Lenk, Kurt (1994): *Rechts wo die Mitte ist. Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*. Baden-Baden:

Mohr, Markus/Rübner, Hartmut (Hrsg.) (2010): *Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit“*. Münster: Unrast.

Ethnisierung von Straftaten

Diskursanalytische Betrachtung der Berichterstattung über Angriffe auf Synagogen

Von Melanie Wieschalla

Wie Zeit Online am 5.5.2015 vermeldete, ist 2014 die Zahl antisemitischer Straftaten mit 1.596 Fällen um 25 Prozent zum Vorjahr gestiegen. Dabei richteten sich die Angriffe gezielt auf jüdische Gemeinden, darunter auch auf Synagogen (BMI 2015). Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der Shoah stellt sich die Frage, ob und wie der Mediendiskurs auf diese Zunahme reagiert, wie die Täterinnen und Täter innerhalb der deutschen Gesellschaft positioniert werden und welche weiteren Diskurse in diesem Zusammenhang virulent sind. Dies waren einige Fragestellungen, denen in einer Diskursanalyse von Online-Medienportalen nachgegangen wurde und deren (Teil-)Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden.¹

Um welche Straftaten geht es?

In der Zeitspanne vom April 2013 bis zum März 2015 wurden nur sehr wenige antisemitische Anschläge von den Medien behandelt. Im Einzelnen ging es um folgende Straftatbestände:

- Die größte Aufmerksamkeit galt (mit 71 Artikeln) dem Fall zweier junger Männer und eines Jugendlichen, die im Juli 2014 Molotowcocktails auf den Eingangsbereich der Wuppertaler Synagoge geworfen haben, wobei kein Sach- oder Personenschaden entstand. Dabei wurden die Straftat, die Spuren- und Tätersuche und der anschließende Prozess behandelt.
- Des Weiteren wurde im Februar 2015

¹ Die Analyse umfasste insgesamt 114 Artikel, die im Zeitraum April 2013 bis März 2015 in folgenden Online-Portalen erschienen sind: BILD; Der Spiegel; Der Tagesspiegel; Der Westen; Die Welt; Die Zeit; Focus; Frankfurter Rundschau; Jüdische Allgemeine; Katholische Nachrichten; Kreiszeitung; Lokalanzeiger; Recklinghäuser Zeitung; RP Online; Ruhr Nachrichten; Sächsische Zeitung; Stern; Süddeutsche Zeitung; taz; Wetterauer-Zeitung.

von einer Terrorwarnung von Salafisten in Bremen berichtet, bei der auch die Synagoge als mögliches Anschlagziel genannt wurde.

- Über die Ankündigung eines Angriffs auf die Alte Synagoge in Essen über Facebook, die eine vorläufige Festnahme von vier Männern zur Folge hatte, wurde gleichfalls berichtet.
- Schließlich wurde die vorläufige Festnahme von 14 Menschen im Vorfeld einer Demonstration gegen den Gaza-Konflikt gemeldet, die deshalb vorgenommen wurde, da ein Angriff auf die Alte Synagoge in Essen vermutet wurde.

Weitere Fälle wurden in geringerem Maße behandelt, wobei Straftaten mit vermutetem rechtsextremem Hintergrund weit weniger erwähnt worden sind als solche, die von Tätern mit Migrationshintergrund begangen wurden.²

Darstellung der Täter und Verdächtigen

Die Täter und Verdächtigen werden in der Regel durch Alter, Herkunft und Migrationsstatus beschrieben. Auffallend ist die dabei vorgenommene Ethnisierung. Dies führt zur Förderung von Ressentiments gegen die jeweilige Gruppe, der sie zuge-

² Weitere Fälle waren: die Beschädigung der Eingangstür der Pinneberger Synagoge am Jahrestag der Reichspogromnacht (November 2013), ein vergessener Koffer vor der Synagoge in Bad Nauheim (März 2015), das Werfen eines Gullydeckels in ein Fenster der Gelsenkirchener Synagoge (Juni 2014), Schmierereien an der Dresdner Synagoge „Stop Killing People“ (Juli 2014), ein Vorfall mit einer Spielzeugpistole vor einer Berliner Synagoge (April 2013) und das Anschrauben eines Schweineohrs an der Tür der Synagoge in Eisleben (Februar 2015). All diese Vorkommnisse wurden jedoch weitaus weniger häufig erwähnt.

rechnet werden.

Im Fall der Vorkommnisse um die Alte Synagoge in Essen werden vor allem die Kundgebungen zum Gaza-Konflikt in den Mittelpunkt gestellt. Die Demonstranten werden als „arabischstämmig“ bezeichnet. Diejenigen, die verdächtigt werden, einen Angriff auf die Alte Synagoge zu planen, werden als „arabisch“, „libanesisch“ oder zuweilen auch als dem „antisisraelischen/arabischstämmigen Umfeld“ zugehörig beschrieben (WAZ 18.07.2014; WAZ 27.08.2014). In einem Artikel über vier vorläufig festgenommene Personen wird von Männern mit „Migrationshintergrund“ gesprochen (25.07.2014 Ruhr Nachrichten). Stets wird ein Zusammenhang der Täter mit den Demonstranten hergestellt. Im Kontext des Nahost-Konflikts wird durch die Bezeichnung „Migrationshintergrund“ oder „Arabisch“ die Religionszugehörigkeit zum Islam insinuiert. Auch im Falle der Bremer Anschlaggefahr werden die vorübergehend festgenommenen Personen als „libanesisch“ bzw. „Libanesen“ bezeichnet (06.03.2015 RP-Online; 06.03.2015 Kreiszeitung). Im Falle des Brandanschlags auf die Synagoge in Wuppertal wird gleichfalls auf die Herkunft der Täter und zunächst Verdächtigen hingewiesen. Fast alle Verdächtigen und Täter werden durch ihre Herkunft oder ihren Aufenthaltsstatus beschrieben, z.B. als „Palästinenser“, als „Syrer“ oder auch als „staatenlos“ (06.02.2015 taz; 30.07.2014 Welt; 30.07.2014 WAZ; 15.01.2015 Welt). Es findet sich nur ein Artikel, in dem die Täter als „Deutschpalästinenser“ bezeichnet werden (18.02.2015 taz).

Eine solche Berichterstattung legt nahe, dass allein nicht-deutsche Personen diese Taten verüben und auch, dass dies für ihr Tun relevant sei. Die ethnische Zugehörigkeit wird zum Kausalzusammenhang. Dabei geht es nicht nur um potentielle Kriminalität, sondern im Zusammenhang mit den spezifischen Taten eben auch um eine diskursive Verschränkung dieser

Kriminalität mit antisemitischen Motiven und Terrorismus, was bereits durch die Charakterisierung der Taten als „Anschlag“ angespielt wird. Den Angriffen oder Angriffsplänen wird eine bestimmte Gruppenzugehörigkeit zugeschrieben und macht Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere Moslems zu potentiellen antisemitischen Tätern.

Eine solche Perspektive blendet individuelle Motive oder Ursachen weitgehend aus: Im „Wuppertaler Fall“ wurden die Täter auch vereinzelt als unpolitisch und stark alkoholisiert geschildert, die – motiviert durch die Gewalt zwischen Israel und Palästinensern – ein „Signal“ setzen wollten (14.01.2015 taz; 14.01.2015 Ruhr Nachrichten). Auch durch die Wiedergabe ihrer Geständnisse wurden solche individuellen Motive und Problemlagen perspektiviert. (05.02.2015 Welt). Doch auch hier wird letztlich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Ethnie“ (Palästinenser) als Erklärung für die individuellen Motive herangezogen und gleichzeitig eine bestimmte politische oder ideologische Haltung unterstellt (Parteinahme im Nahost-Konflikt für die Palästinenser und ein damit verbundener Antisemitismus).

Adressaten

Die Frage ist, wie die Verdächtigen zur Gesellschaft positioniert werden und welche Anforderungen an die Vertreter der Zivilgesellschaft und Politik formuliert werden. Hier ist festzustellen, dass eine Abgrenzung der Täter und Verdächtigen von einem imaginierten „Wir“ vorgenommen wird. Allerdings scheint es durchaus verschiedene „Wir“ zu geben.

1. Das eine „Wir“ umfasst die Gesellschaft in Deutschland, wenn es z.B. mit „unser Land“ verbunden wird (29.07.2014 Stern), oder auch die Bürger einer Stadt (29.07.2014 Ruhr Nachrichten). Dabei geht es um den Appell, keine Angriffe gegenüber jüdischen Mitbürgern zuzulassen und in Solidarität zu stehen.
2. Ein weiteres „Wir“ begreift Deutschland oder die Deutschen (03.03.2015 Welt; 29.07.2014 Spiegel) als territorialer und historischer Kontext. In diesem Fall geht es zumeist um den Appell, die Sicherheit für die jüdischen Mitbürger in Deutschland zu gewährleisten bzw. möglichen Scha-

den nicht zuzulassen und nicht zu akzeptieren.

3. Schließlich wird Gesellschaft allgemein als „Wir“ begriffen, dem die Täter gegenübergestellt werden (29.07.2015 Stern; 08.08.2014 Süddeutsche). Oft geht es um „Teile“ der Gesellschaft oder um die „Mitte“, die sich gegen Antisemitismus und für die jüdische Gemeinde aussprechen und nicht schweigen sollte. Antisemitismus als Problem der Gesellschaft, sollte von dieser angegangen werden. Es wird an die „aufgeklärte und kritische“ Gesellschaft appelliert und an das Selbstverständnis einer abendländischen Gesellschaft (12.08.2014 focus).

Fazit

Bei der Berichterstattung über Anschläge auf Synagogen werden Täter und Verdächtige ethnisiert dargestellt, denen, durch die Aussagen von Vertretern der Politik und Gemeinden, ein „Wir“ gegenübergestellt wird. Bezieht sich dieses nur auf Deutschland oder die Gesellschaft, besteht die Tendenz die Täter und Verdächtigen aus diesem „Wir“ auszuschließen oder ihnen zumindest einen erklärenden Kontext zu verwehren. Abgegrenzt wird hierdurch eine deutsche Identität (das „Wir“ oder die „Deutschen“) von einer Fremden (Jäger & Jäger 2004). Das „Wir“ bezieht sich auf eine nationale Identität, die auf einer gemeinsamen Abstammung und kulturellen Gemeinsamkeiten beruht (Weller 2004). Durch die Ethenisierung der Täter oder Verdächtigen wird eine Unterscheidung zwischen Tätern und gesellschaftlichen Gruppen, zu denen sie gezählt werden oder angehören, aufgehoben; so dass Ressentiments auf die gesamte ethnische Gruppe projiziert werden (Ködel 2007). Die Ethenisierung zeigt sich auch durch eine synonyme Verwendung der Bezeichnungen „Türke“, „Araber“, „Migrant“ und „Muslim“. Es wird eine Nicht-Deutsche homogene Gruppe mit kollektiven Zuschreibungen religiöser und ethnischer Art konstruiert (Shooman 2012). Eine solche Berichterstattung birgt nicht zuletzt auch die Gefahr der einseitigen Zuschreibung von Antisemitismus in Deutschland auf „Muslime“ in sich und marginalisiert die zahlreicheren antisemitischen Übergriffe von Seiten des rechtsextremen Spektrums (Wetzel 2012). Letztlich führt das

Zusammenbringen von muslimischen Migranten und „Anschlägen auf Synagogen“ zur diskursiven Verschränkung mit dem Thema Terror, welcher somit von „außen“ kommt und nicht hausgemacht ist. Erklärungen aufgrund von Strukturen, Systemen, gesellschaftlichen Institutionen; bzw. struktureller Benachteiligung bleiben leider unerwähnt (Jäger & Wamper 2012).

Literatur

BMI: Bundesministerium des Innern (2015): Polizeiliche Kriminalstatistik und Politisch Motivierte Kriminalität. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemittelungen/DE/2015/05/pks-und-pmk-2014.html> [Zugriff: 18.09.2015].

Jäger, S.; Jäger, M. (2004): Die Nahost-Berichterstattung zur Zweiten Intifada in den deutschen Printmedien; In: Jäger, S.; Januschek, F. (Hg.): Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität: 147-168.

Jäger, M.; Wamper, R. 2012: Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien. Zur Verknüpfung von Terror und Islam sowie Rechtsextremismus und Krankheit; In: Jäger, M.; Kauffmann, H. : Skandal und doch normal: 126-144.

Ködel, C. (2007): „Unheimliche Gäste. Die Gegenwart der Muslime in Deutschland“, In: Jäger, S.; Halm, D. (Hg.): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis: 201-228.

Shooman, Y. 2012: Vom äußeren Feind zum Anderen im Inneren; In: Jäger, M.; Kauffmann, H. : Skandal und doch normal: 305-320.

Weller, C. 2004: Die Aktualisierung kollektiver Identitäten bei der Deutung der Terroranschläge am 11. September 2001, In: Jäger, S.; Januschek, F. (Hg.): Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität: 221-237.

Wetzel, J. (2012): Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland. In: Schneiders, T. G. (Hg.): Verhärtete Fronte. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik: 243-256.

ZEIT ONLINE (05.05.2015): Zahl antisemitischer Straftaten deutlich gestiegen. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-05/kriminalitaetsstatistik-antisemitismus> [Zugriff: 18.09.2015].

Melanie Wieschalla studiert an der Ruhr-universität Bochum. Der Artikel entstand im Rahmen ihres Praktikums im DISS.

Joachim Gauck in Bergen-Belsen zu ‚jüdischer Rache‘ und ‚christlicher Liebe‘

Von Jobst Paul

In seiner Rede zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen (vom 26.04.2015) verwendete Bundespräsident Joachim Gauck die judenfeindliche These, das Judentum als Religion von Rache und Vergeltung sei vor 2.000 Jahren vom Christentum und seiner ‚besseren Parole‘ abgelöst worden. In einem Schreiben appellierte Jobst Paul an den Bundespräsidenten, es nicht dabei zu belassen, solche Stereotypen nicht mehr zu verwenden, sondern von seinem „Amt aus kraftvoll einen Prozess anzustoßen, der die ethische Schätzung des Judentums, sein ethisches Gewicht in die Mitte unseres kulturellen Dialogs stellt“. In der Antwort des Bundespräsidialamts heißt es, dass beide Hinweise dort „respektiert“ würden.

Duisburg, den 11. Mai 2015

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

bitte, erlauben Sie mir, dass ich mich wegen einer Einzelheit in Ihrer Rede anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen vom 26. April 2015 an Sie wende.

In beeindruckender Weise haben Sie in Ihrer Rede den britischen Soldaten Dank für ihr Handeln ausgesprochen, insbesondere auch für ihr Bemühen, der Unmenschlichkeit, deren Zeugen diese Soldaten wurden, nicht ihrerseits mit Unmenschlichkeit zu begegnen. Sie zitieren dazu allerdings einen britischen Soldaten, der dies mit der Aussage begründet: „*Es ist beinahe zweitausend Jahre her, seit eine bessere Parole als Auge um Auge ausgegeben wurde.*“

Ich bedauere die Wahl dieses Zitats zu diesem Anlass. Insbesondere hat es mich betroffen gemacht, dass Sie - wie aus dem Kontext Ihrer Rede hervor geht - diese Begründung nicht kritisch beleuchtet und ihr nicht widersprochen haben. Sie steht für die Aussage, dass das Judentum eine Rache-Religion sei und erst das Christentum vor 2.000 Jahren der Welt Nächstenliebe und Barmherzigkeit gebracht habe. Folglich könne das Judentum keine humane Ethik haben.

Damit steht nun, zumal angesichts des

1 Das Zitat findet sich in der Einleitung (John Pinfold) zu: Bodleian Library (Hg.) 2014: Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland 1944: Zweisprachige Ausgabe (Englisch/Deutsch). Übersetzt von Klaus Modick. Kiepenheuer & Witsch.

Anlasses in Bergen-Belsen, über ein gewiss gut gemeintes Zeitzeugnis eine zutiefst judenfeindliche, stereotype Aussage im Raum.

Ganz im Gegensatz zu der buchstäblich vernichtenden Herabsetzung, die in dieser christlichen Polemik enthalten ist, stand die Formel im Judentum selbst für die Durchsetzung der Verhältnismäßigkeit zwischen Tat und Strafe - die talmudische und rabbinische Literatur dazu ist an Sorgfalt nicht zu übertreffen.

Die ständige Wiederholung von falschen, herabsetzenden Thesen zum Judentum, die Aberkennung seiner zentralen Werte der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, die das Christentum stets ausschließlich für sich in Anspruch nehmen wollte, hat sich durch viele Jahrhunderte gezogen. Seit Moses Mendelssohn wiesen deutsch-jüdische Autoren darauf hin, dass diese zutiefst feindselige Okkupation für den säkularen, ja kulturellen Juden Hass in Deutschland verantwortlich sei.

Sie wiesen immer wieder darauf hin, in welchem Ausmaß die christlich-fundamentalistischen und völkisch-nationalistischen Ideologien, die ihre Identität hauptsächlich aus der Diskreditierung von Juden und Judentum bezogen, selbstdestruktiv und blockierend auf die Grundlagen und den Inhalt der deutschen Kultur einwirkten.

Sie appellierten während des gesamten 19. Jahrhunderts (und noch bis ins Jahr 1938) vergeblich an die Mehrheitsgesellschaft, die Diffamierung des Judentums, die sich u.a. des ‚Zahn um Zahn‘-Motivs

bediente, endlich zu unterlassen und sich stattdessen dem Judentum und seiner ethischen Entschiedenheit als originärer Lehre von der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit zuzuwenden. Heute wissen wir, wie recht sie hatten, und dass das, was sie ahnten, dass nämlich aus der nicht enden wollenden Diskreditierung Gewalt und Verfolgung resultieren würden, eine Wirklichkeit von unvorstellbaren Dimensionen wurde.

Es ist sehr die Frage, ob es gelungen ist, nach Jahrzehnten der Aufarbeitung und der Entwicklung einer Gedenkkultur zu Einstellungsänderungen zu kommen. Neuere Umfragen zeigen eher, dass stereotype Urteile zu Juden und Judentum unverändert und in weiten Bevölkerungskreisen zum ‚normalen‘ Diskurs des Alltags gehören und jeweils zu Werturteilen und zur Konstituierung von Feindbildern herangezogen werden.

Zumindest einer der Gründe dafür liegt gewiss darin, dass der theologische, bzw. der politische Diskurs in Deutschland auf diese Stereotypen bis heute nicht verzichtet und dadurch weiterhin einen Code vorgibt, der für das gesamte judenfeindliche Wertesystem der vergangenen Jahrhunderte steht: Die Rede von „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ mit ihrer paradigmatisch christlich-theologischen, ja militanten kulturellen Stoßrichtung gehört dabei zu den einflussreichsten Wendungen, die sehr häufig in politischen Reden, wie nun der Ihren, aber auch in den Medien, in Kommentaren oder etwa Rundfunk-Predigten verwendet wird.

Das Zitat des Soldaten enthält jedoch indirekt noch weitere selbstverherrlichende Aussagen zum Christentum, die Sie nicht kommentierten, so die Behauptung, die letzten beiden Jahrtausende sei die „bessere Parole“ durch das Christentum auch *realisiert* worden. Dies war eben nicht der Fall, wie nicht nur der Umgang mit Juden und Judentum, sondern auch die Geschichte der modernen Sklaverei unterstreicht. Zum anderen ist im Zitat die These enthalten, der Nationalsozialismus sei gegen die „bessere Parole“ des Christentums gestanden, sei also von christlichen Bindungen unabhängig gewesen. Dies ist nicht der Fall gewesen, wie wir (nicht nur) anhand der Kooperation der christlichen Kirchen mit dem NS-Regime während der NS-Zeit wissen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident. Selbstverständlich bedauere ich, dass ich mich verpflichtet fühle, diese Zeilen in dieser Form an Sie zu richten. Es beunruhigt mich sehr, dass es notwendig ist, auf diese offenbar immer noch nicht wahrgenommene Dimension der öffentlichen Rede in Deutschland hinzuweisen, und dies anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen.

Vor diesem Hintergrund wäre es, so glaube ich, der Tiefe des Problems nicht angemessen, wenn von Ihrer Seite lediglich etwas richtig gestellt würde. Es wäre vielmehr außerordentlich verdienstvoll, wenn es gelänge, von Ihrem Amt aus kraftvoll einen Prozess anzustoßen, der die ethische Schätzung des Judentums, sein ethisches Gewicht in die Mitte unseres kulturellen Dialogs stellt.

Erst wenn dies geschieht und unsere christliche Kultur dieses jüdische Erbe - als *jüdisches Erbe* - als zentralen ethischen Teil der eigenen Identität ausdrücklich benennt und anerkennt, beginnt man, dem Antisemitismus den Boden zu entziehen. Dies ist heute umso wichtiger, als sich über die Verleugnung des Judentums *auch im Islam* ein gefährlicher Islamismus entwickelt hat.

Ich erlaube mir, Ihnen mit gleicher Post den Band *Nächstenliebe und Barmherzigkeit - Schriften zur jüdischen Sozialethik* zu übersenden und Sie zu bitten, Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf den Vorworttext zu richten.

Für eine Rückäußerung von Ihnen wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
Jobst Paul

Berlin, 4. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Dr. Paul, Bundespräsident Joachim Gauck dankt Ihnen für Ihren Brief vom 11. Mai 2015 und das mitübersandte Buch „Nächstenliebe und Barmherzigkeit“. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Der Bundespräsident hat sich über Ihr intensives Interesse an seiner am 26. April 2015 in Bergen-Belsen gehaltenen Rede gefreut. Das von Ihnen wiedergegebene Zitat eines britischen Soldaten diene als Beleg für die These:

„... die britischen Soldaten waren Botschafter einer demokratischen Kultur, die nicht auf Rache am Feind bedacht war, sondern dem Recht und der Menschenwürde auch in Deutschland wieder zu neuer Geltung verhelfen sollte. Sie kamen übrigens auch mit dem ausdrücklichen Auftrag ihrer Regierung, gegenüber der besiegten Nation Fairness walten zu lassen, damit auch die Deutschen selbst zu solcher zurückfinden würden. Auf beeindruckende Weise verinnerlichten dies die britischen Soldaten.“

Vor diesem Hintergrund wird Ihr Vorwurf mangelnder Kritik, mangelnden Widerspruchs und mangelnder Kommentierung der von Ihnen so wahrgenommenen religionsspezifischen Stoßrichtung des britischen Soldatenzitats hier respektiert. Schon aufgrund seiner eigenen Lebensgeschichte und der Neutralität seines Amtes liegen dem Bundespräsidenten jedoch die Verbreitung jüdenfeindlicher Stereotype wie auch selbstverherrlichende Aussagen zum Christentum fern. Der springende Punkt seiner These wie auch der Heranziehung des Zitats war vielmehr die Würdigung des praktischen Ergebnisses, dass die britischen Befreier seinerzeit bewusst auf Racheachte verzichteten.

Auch Ihr Eintreten für den kraftvollen Anstoß eines Prozesses, der die ethische Schätzung des Judentums und sein ethisches Gewicht in die Mitte unseres kulturellen Dialogs stellt, wird hier respektiert. Allerdings liegt dem Bundespräsidenten seit jeher ein offenes, von Zusammenhalt geprägtes gesellschaftliches Klima am Herzen. Das schließt die Unterstützung des interreligiösen Dialogs mit dem Judentum und ein solidarisches Eintreten gegen Antisemitismus ein.

Deshalb hat der Bundespräsident u. a. am 27. Januar (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) im Deutschen Bundestag und am 26. April 2015 in Bergen-Belsen gesprochen, um für die Bewahrung der Würde und des Lebens der Menschen einzutreten (in Bergen-Belsen entstand ferner als bewusstes öffentliches Zeichen ein gemeinsames Pressefoto mit dem Präsidenten des World Jewish Congress, Herrn Lauder). Bereits am 14. September 2014 hatte er zudem an der Kundgebung des Zentralrats der Juden in Deutschland gegen Antisemitismus teilgenommen. Am 13. Januar 2015 hat er zu den Teilnehmern der Kundgebung „Zusammen stehen - Gesicht zeigen“ gesprochen. Daran schloss sich am 21. Januar 2015 auf Einladung des Bundespräsidenten die auf Praktiker zugeschnittene Gesprächsrunde „ZusammenHALTEN - Gegen Gewalt, für Dialog“ an. Mitte Mai hat der Bundespräsident im Übrigen in einem gemeinsamen Interview der „Bild“ und der israelischen Zeitung „Yedioth Ahronoth“ vor wachsendem Antisemitismus in Europa gewarnt und an die Bürger appelliert, diesem deutlich entgegenzutreten.

Damit ist der Bundespräsident mit den Mitteln seines Amtes wiederholt klar und deutlich gegen Antisemitismus bei uns und unseren Nachbarn eingetreten. Seien Sie versichert, dass er darin nicht nachlassen wird und auch weitere Zeichen zur Würdigung des interreligiösen Dialogs unter Einschluss des Judentums setzen wird. In die entsprechenden Vorbereitungen können auch kluge Beiträge wie die von Ihnen verfasste Einleitung des vorliegenden Buchs zur Einbeziehung der jüdischen Perspektive in die sozialetische Debatte einfließen. Haben Sie daher nochmals Dank für Ihre Zeilen und für das von Ihnen mit herausgegebene Buch.

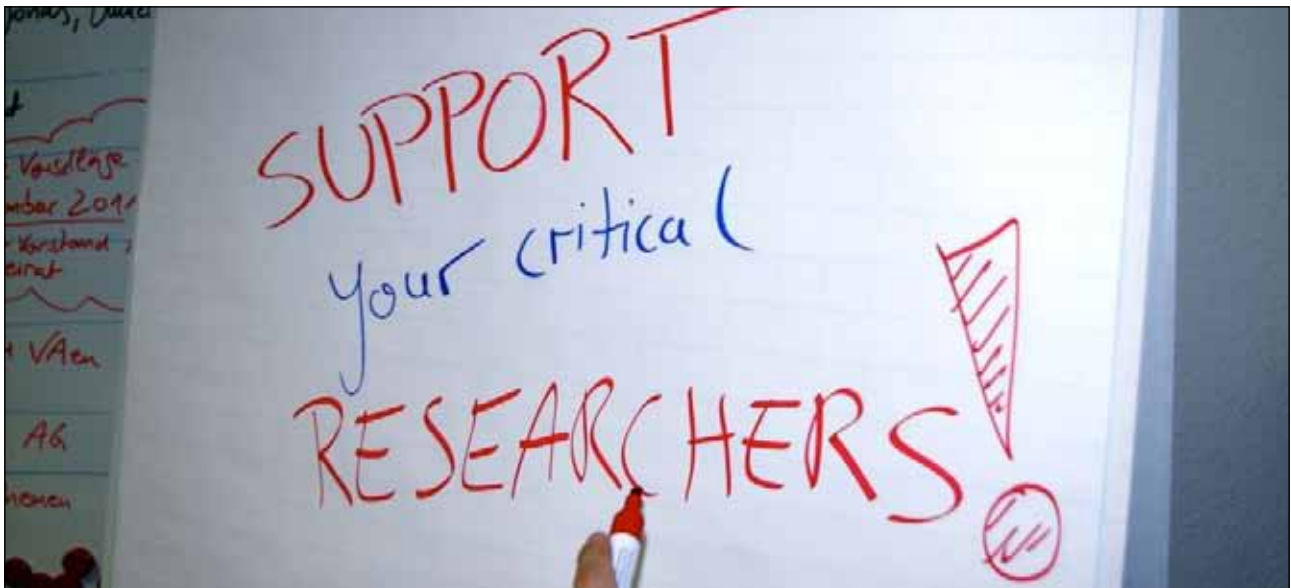
Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
Dr. Christoph Schölten
Leiter Referat 10

Aktuelle Analyse zum Flucht- und Einwanderungsdiskurs

In den vergangenen Wochen und Monaten ist das DISS mehrfach von Journalist_innen um Einschätzungen hinsichtlich der Entwicklungen im Mediendiskurs gebeten worden. Auch sind unsere Mitarbeiter_innen zu Veranstaltungen zum Thema eingeladen worden. Wir kommen solchen Anfragen - soweit wir dies bewältigen können - gerne nach. Zurzeit arbeiten wir an einer aktuellen

Analyse zum Einwanderungs- und Fluchtdiskurs in den deutschen Medien. Sie soll zum einen die Grundlage dafür darstellen, die derzeitigen diskursiven Entwicklungen genauer bewerten zu können. Darüber hinaus kann und soll sie aber auch die Kontinuitäten und Verschiebungen im Sagbarkeitsfeld gegenüber den 1990er Jahren aufzeigen.



Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____ €.

Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name: _____

Kto: _____

Straße: _____

bei: _____

Ort: _____

BLZ: _____

Telefon / E-Mail: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg